UVN

Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.

Geschäftsbericht 2019/2020

Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft

Inhalt

Vorwort	3
Neue Mitglieder und Gremien	4
Externe Gremienarbeit	6
Corona trifft Niedersachsen	8
Wirtschafts- und Industriepolitik	14
Energie- und Klimapolitik	16
Digitalisierung	18
Tag der niedersächsischen Wirtschaft	20
Arbeits- und Sozialrecht	22
Bildung und Gesellschaftspolitik	24
Internationale Beziehungen	28
Sommerfest 2019/2020	30
Termine 2019/2020	32
Mitgliedsverbände	36
Ihre Ansprechpartner bei uns	38

UVN
Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.

© 2020 Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. (UVN)
Schiffgraben 36, 30175 Hannover, Telefon 0511 8505-243, Telefax 0511 8505-268
www.uvn-online.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, sind vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Abbildungen Titel: UVN (Marcus Prell), DNW

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

was für ein Jahr! Schlagartig und in atemberaubendem Tempo haben sich unser Leben und die Arbeitswelt verändert. Statt Fachkräftemangel und Künstlicher Intelligenz prägen Lieferkettenunterbrechnungen, Hygienekonzepte und Pandemie-Verordnungen unsere Arbeit.

Die Wirtschaft in Niedersachsen ist durch Corona enorm unter Druck. Die schnellen Konjunkturprogramme mit Krediten und Zuschüssen sind eine Hilfe. Aber wir müssen die Wirtschaft wieder zum Laufen und zum Wachsen bringen, damit der Wirtschaftsrückgang im 2. Quartal ein Ausreißer bleibt. Daher brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen: eine umfassende Unternehmensteuerreform, die Entschlackung der Genehmigungsverfahren, die Senkung der Stromsteuer und – endlich – die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Deutschland und Niedersachsen sind im ersten halben Jahr vergleichsweise gut durch die Krise gekommen. Dabei zeigt sich, dass der Schutz der Gesundheit und der Wirtschaft nicht gegeneinanderstehen, sondern voneinander abhängen. Die Pandemie unter Kontrolle zu halten, hilft auch wirtschaftlich.

Leider ist das Virus gekommen, um zu bleiben. Wir haben bei den UVN unsere Arbeit umgestellt auf Online-Formate. Dass wir schon auf ein digitales Mitgliedernetzwerk zurückgreifen konnten, hat die schnelle Information deutlich erleichtert.

Als Spitzenverband wachsen wir weiter und sind stolz auf unsere aktuell 94 Mitgliedsverbände in Niedersachsen. Auch die Aufgaben in politischen und gesellschaftlichen Gremien werden mehr. Deshalb haben wir mit Benedikt Hüppe wieder drei Personen in der Geschäftsführung. Er ist Ihnen als Ansprechpartner im Bereich Energie- und Klimapolitik sowie Digitalisierung bekannt.

Was wir in den Jahren 2019 und 2020 für die niedersächsische Wirtschaft getan haben, ist nur mit unseren Mitgliedern und Kooperationspartnern möglich. Daher danken wir Ihnen sehr herzlich für Ihr Vertrauen und Ihre aktive Mitarbeit. ■

Werner M. Bahlsen
UVN-Präsident

Dr. Volker Müller
UVN-Hauptgeschäftsführer

Neue Mitglieder

AGVL Arbeitgeberverband Luftverkehr e.V.

Der AGVL betreut seine 41 Mitglieder bei allen tarifrechtlichen sowie arbeits- und sozialpolitischen Fragestellungen. Er entwickelt tarifpolitische Konzepte, berät, führt Tarifverhandlungen und setzt die Ergebnisse redaktionell in Tarifverträge sowie unternehmerische Maßnahmen um. Darüber hinaus nimmt der AGVL die politische Interessenvertretung in den Bereichen der Sozial-, Arbeits- und Tarifpolitik wahr.

www.agvl.de
Präsident: Peter Gerber
Hauptgeschäftsführer: Mark Rüther
Geschäftsführer: Jan Körner, David Knieper, Sonya Ebermann

LEE Landesverband Erneuerbare Energien Niedersachsen/Bremen e.V.

Zu den Mitgliedern des LEE gehören mehr als 100 Unternehmen und Mitgliedsverbände einzelner Sektoren der Erneuerbaren Energien. Diese betreiben rund 6.200 Windenergieanlagen, 1.600 Biogasanlagen und 140.000 Solaranlagen. Ziel des LEE ist, die Umstellung der Energieversorgung auf 100 Prozent umweltfreundliche regenerative Energieträger in den Sektoren Strom, Wärme, Mobilität und Industrie voranzutreiben.

www.lee-nds-hb.de
Vorstandsvorsitzende: Bärbel Heidebroek
Geschäftsführerin: Silke Weyberg

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. vertritt als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege die Interessen von über 850 Mitgliedern mit mehr als 62.000 Arbeitnehmer*innen in Niedersachsen gegenüber allen Ebenen der Politik und Verwaltung. Der Paritätische ist überparteilich und konfessionell ungebunden und repräsentiert seine Mitglieder auch in den Gremien der freien Wohlfahrt.

www.paritaetischer.de
Vorstandsvorsitzende: Birgit Eckhardt

VdU Verband deutscher Unternehmerinnen e.V., Landesverband Niedersachsen

Unter dem Dach des VdU engagiert sich in Niedersachsen eine dynamische Gruppe von Unternehmerinnen und Selbstständigen für Wirtschafts- und Arbeitsmarktthemen. Mit Blick auf besondere Herausforderungen für Frauen im Arbeits- und Wirtschaftsleben ist der VdU im steten Kontakt mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und vertritt die Interessen seiner bundesweit ca. 1.800 Mitglieder.

www.vdu.de/landesverbaende/niedersachsen.html
Landesverbandsvorsitzende: Martina Machulla
VdU-Geschäftsführerin: Claudia Große-Leege

Wahl von Vorstand und Präsidium

Am 1. Oktober 2020 wurde turnusgemäß im Rahmen unserer Mitgliederversammlung der UVN-Vorstand gewählt. Dieser setzt sich aus Gremienvertretern unserer 94 Mitgliedsverbände zusammen. Der Vorstand wählte in der anschließenden Sitzung aus seiner Mitte den Präsidenten und seine Stellvertreter.

UVN-Präsident Werner M. Bahlsen und Vizepräsident Dr. York Fusch wurden im Amt bestätigt. Zweiter Stellvertreter und Vorstand gem. § 26 BGB ist künftig Dr. Carsten Kuhlgatz.

Wir danken allen ausgeschiedenen Gremienmitgliedern für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit und gratulieren dem neu gewählten Präsidium und Vorstand, die in den kommenden drei Jahren die Arbeit der UVN überwachen und begleiten werden. ■

„Niedersachsen hält zusammen“

UVN sind Gründungsmitglied

In der Tradition von „Niedersachsen packt an“ und „Niedersachsen für Europa“ gehören die UVN zu den Gründungsmitgliedern des überparteilichen Zusammenschlusses von Politik und Zivilgesellschaft. Ziel ist die Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft während und infolge der Corona-Krise. Wir sind uns einig: Die Corona-Pandemie hat auch in unserem Bundesland die wohl schwerste Krise seiner Geschichte ausgelöst. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spuren sind tief.

Wir machen uns gemeinsam stark für ein Miteinander in Zeiten von Corona und darüber hinaus. Wir setzen ein Zeichen für Mitmenschlichkeit im Alltag. Es braucht dieses zivilgesellschaftliche Engagement.

Das Bündnis unterstützt den demokratischen Austausch auch in strittigen Zeiten und wendet sich ausdrücklich gegen Verschwörungstheorien und Populismus. ■

Präsidium

Präsident
Werner M. Bahlsen
Vorsitzender des Verwaltungsrates
Bahlsen GmbH & Co. KG

Vizepräsidenten
Dr. York Fusch
Stellvertreter und Vorstand gem. § 26 BGB
Vorstandsvorsitzender
Körting Hannover AG

Dr. Carsten Kuhlgatz
Stellvertreter und Vorstand gem. § 26 BGB
Gesellschafter/Geschäftsführer
Albertuswerke GmbH

Dr. Steffen Berns
Vorsitzender der Geschäftsführung
Robert Bosch Car Multimedia GmbH

Paul Bloem
Mitglied der Geschäftsleitung
MEYER WERFT GmbH & Co. KG

Thomas Echterhoff
Geschäftsführender Gesellschafter
Echterhoff Bau-Gruppe

Manuela Härtelt-Dören
Vizepräsidentin der Unternehmensverbände
Handwerk Niedersachsen e.V.

Dr. Ulrich Knemeyer
Vorstandsvorsitzender
VGH Versicherungen

Dr. Dieter Köster
Geschäftsführender Gesellschafter
HomeStead GmbH & Co. KG

Olaf Piepenbrock
Geschäftsführender Gesellschafter
Piepenbrock Dienstleistungsgruppe
GmbH & Co. KG

Vorstand

Armin Ahrens
Prokurist
QUBUS media GmbH

Rüdiger Becker
Vorsitzender
Diakonischer Dienstgeberverband
Niedersachsen e.V.

Dr. Holger Bissel
Geschäftsführender Komplementär
Creditreform Hannover-Celle Bissel KG

Hans J. Buse
Vorsitzender
CDH im Norden - Wirtschaftsverband für
Handelsvermittlung und Vertrieb e.V.

Robert Cholewa
Kfm. Berater
Stammelbach Karl Krüger GmbH & Co. KG

Stephan Engel
Associate Commercial Director Energy
DOW Deutschland Anlagengesellschaft mbH

Prof. Dr. Heinz Jörg Fuhrmann
Vorstandsvorsitzender
Salzgitter AG

Robert Andreas Hesse
Geschäftsführender Gesellschafter
Möbel Hesse GmbH

Dr. Andreas Jäger
Geschäftsführender Gesellschafter
Arnold Jäger Holding GmbH

Gereon Jochmaring
Werksleiter
K+S Minerals and Agriculture GmbH

Natalia Kontsour-Selivanov
Leitung Personal und Recht
Schlütersche Verlagsgesellschaft

Hanns-Heinrich Köhler
Vorsitzender
Familienbetriebe Land und Forst Niedersachsen

Mathias Krage
Geschäftsführer
Krage & Gerloff Logistik GmbH

Harald Kusserow
Geschäftsführer
Kusserow Garten- und Landschaftsbau

Lutz Martens
Vorsitzender der Geschäftsführung
Maximum Personalmanagement GmbH

Knud Maywald
Vorstandsvorsitzender
Öffentliche Sachversicherung Braunschweig

Bernd Meurer
Vizepräsident
bpa Arbeitgeberverband e.V.

Volker Meyer
Geschäftsführender Gesellschafter
Heinrich Meyer-Werke Breloh GmbH & Co. KG

Torsten Muscharski
Director Human Resources,
Global Labour Relations
VOLVO CE

Wolfgang Niemsch
Geschäftsführender Gesellschafter
Lanico-Maschinenbau Otto Niemsch GmbH

Dr. Ariane Reinhart
Mitglied des Vorstands Personal
Continental AG

Christof Rekers
Geschäftsführer
Rekers Betonwerk GmbH & Co. KG

Mike Schneider
Geschäftsführer
Peter Schneider Gebäudedienstleistungen
GmbH & Co. KG

Detlef Schröder
Präsident
DEHOGA Deutscher Hotel- und
Gaststättenverband Niedersachsen e.V.

Albert Schulte to Brinke
Präsident
Landvolk Niedersachsen
Landesbauernverband e.V.

Dr. Andreas Sennheiser
Geschäftsführender Gesellschafter
Sennheiser electronic GmbH & Co. KG

Arthur Starnofsky
Personaldirektor
Bahlsen GmbH & Co. KG

Folkmar Ukena
Managing Director
LEDA WERK GmbH & Co. KG

Torsten Wagner
Geschäftsführender Gesellschafter
Wagner Group GmbH

Frank Wessels
Mitinhaber
P. W. Wessels Wwe.

Die UVN-Hauptgeschäftsführung: Dr. Volker Müller, Christoph Meinecke und seit 13. November 2019 Benedikt Hüppe als weiterer Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Spitzenverband und Stimme der niedersächsischen Wirtschaft

Die UVN vertreten die niedersächsische Wirtschaft u. a. in folgenden wirtschafts- und sozialpolitischen Gremien:

Corona

- Bündnis „Niedersachsen hält zusammen“
- Runder Tisch Sonntagsöffnung auf Einladung des Wirtschaftsministeriums
- Runder Tisch Corona auf Einladung von Hannovers Oberbürgermeister
- Corona-Krisenstab auf Einladung des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers

Arbeitsmarkt/Beschäftigung

- Arbeitsmarktintegration von Asylbewerbern und Flüchtlingen
- Ausschüsse beim Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (Integrationsamt)
- Beirat der Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen
- Beirat des IQ-Netzwerks Niedersachsen-Bremen
- Beirat Migration und Teilhabe
- Demografieagentur für die niedersächsische Wirtschaft GmbH
- Fachkräfteinitiative des Landes Niedersachsen

Allgemein

- Bündnis „Niedersachsen für Europa“
- Niedersachsen-Ring – Landesbeirat zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Niedersachsen
- Stiftung „Hilfe für Familien in Not“
- Unternehmerkuratorium Nord
- Beirat Mittelstand und Handwerk

Arbeitsrecht

- Landesarbeitsgericht Hannover
- Landesarbeitskreis für Arbeitssicherheit
- Landestarifausschuss
- Ausschuss der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Landesarbeitsgericht Niedersachsen
- Beratender Ausschuss (Richterwahlausschuss) beim Niedersächsischen Justizministerium

Bildung

- Arbeitsgemeinschaft der Bildungswerke der Deutschen Wirtschaft e.V. (ADBW)
- „Bündnis Duale Berufsausbildung“
- Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) SchuleWirtschaft Niedersachsen
- Landesausschuss für Berufsbildung (LAB)
- Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz beim Niedersächsischen Sozialministerium
- Landesschulbeirat
- N21 – Multimedia in Schulen
- Servicestelle Offene Hochschule Hannover gGmbH
- Leibniz Universitätsgesellschaft Hannover e.V.

Klima/Nachhaltigkeit

- 8. Niedersächsische Regierungskommission
- Beirat der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN)
- Förderverein Nachhaltige Wirtschaft (FNW)
- Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit

Die Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. (UVN) sind die Spitzenorganisation für 94 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Niedersachsen. Als Sozialpartner vertreten wir die Interessen der in unseren Mitgliedsverbänden zusammengeschlossenen, mehr als 150.000 Unternehmen gegenüber Parlament, Regierung, politischen Parteien und Gewerkschaften auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

Unsere Mitglieder, u. a. aus den Bereichen Industrie, Handel, Dienstleistungen, Handwerk und Landwirtschaft, unterstützen wir bei allen verbandspolitischen Anliegen. Wir sorgen für einen Erfahrungs- und Informationsaustausch, nehmen Stellung zu Gesetzesentwürfen, engagieren uns in politischen Gremien und setzen Projekte bzw. Initiativen um.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern erarbeiten wir branchen- und regionenübergreifende Positionen der niedersächsischen Wirtschaft.

Die Unternehmerverbände Niedersachsen sind als niedersächsische Dachorganisation außerdem die Landesvertretung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA) und die Landesvertretung des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI) sowie des Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI). ■

Medien

- NDR Rundfunkrat
- NDR Verwaltungsrat
- Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM)

Soziales/Gesundheit

- Aufsichtsrat AOK-Bundesverband
- Beirat für Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz beim Niedersächsischen Sozialministerium
- Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund
- Fachkommission Inklusion beim Niedersächsischen Sozialministerium
- FrauenORTE Niedersachsen, Landesfrauenrat Niedersachsen
- Niedersächsischer Landesbehindertenbeirat
- UVN Dialogkreis Pflege u. a. mit Ministerin Dr. Carola Reimann
- Vertreterversammlung Deutsche Rentenversicherung (DRV) Braunschweig-Hannover
- Verwaltungsrat AOK Niedersachsen
- Verwaltungsrat GKV-Spitzenverband
- Verwaltungsrat MDK-Niedersachsen
- Verwaltungsrat Techniker Krankenkasse
- Verwaltungsrat Kaufmännische Krankenkasse (KKH)
- Wahlausschuss Sozialwahl KKH
- Vorstand Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover
- Widerspruchsausschuss Deutsche Rentenversicherung Bund
- Widerspruchsausschuss Gleichstellung behinderter Menschen gemäß § 120 SGB IX (Regionaldirektion BA)

Wirtschaft

- Ausstellerbeirat HANNOVER MESSE
- Aufsichtsrat IdeenExpo
- Aufsichtsrat Porzellanmanufaktur Fürstenberg GmbH
- Beirat ADAC Niedersachsen/Sachsen-Anhalt
- Beirat der NBank - Investitions- und Förderbank Niedersachsen
- Beirat Zukunft und Innovation Niedersachsen
- Beirat des Zentrums für digitale Innovationen (ZDIN)
- Brexit Task Force (BDI)
- Runder Tisch Brexit beim Nds. Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung
- Niedersachsen.digital e.V.
- IPH Beirat - Institut für Integrierte Produktion Hannover
- ITS Automotive Nord GmbH
- Landeskreditausschuss
- Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG) mbH
- Multifonds-Begleitausschuss (ESF, EFRE)
- Niedersächsischer Wirtschaftspreis Mittelstand und Handwerk
- Regierungskommission für eine moderne Verwaltung in Niedersachsen
- Senat Deutsche Industrieforschungsgemeinschaft Konrad Zuse e.V.
- Verein Wirtschaft in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Wolfsburg-Göttingen GmbH

UVN-Beteiligungen u. a. an folgenden Organisationen:

- Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft gGmbH (BNW)
- IdeenExpo GmbH
- Automotive Nord e. V.
- Dienstleistungsgesellschaft der Norddeutschen Wirtschaft mbH (DNW)
- Niedersächsische Bürgschaftsbank GmbH (NBB)
- Niedersächsische Gesellschaft zur Endlagerung von Sonderabfall mbH
- UVN Zert GmbH

„So etwas hält keine Branche aus“

Dem Autoland Niedersachsen drohen schlimme Konsequenzen, wenn die wegen der Corona-Krise gestoppte Produktion nicht bald wieder anläuft, warnen die Wirtschaftsverbändevertreter Volker Müller und Volker Schmidt im HAZ-Interview

Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist im März so stark abgestürzt wie seit 1991 nicht mehr, laut DIHK-Umfrage fürchtet jede fünfte Firma die Insolvenz – wie schlimm ist die Lage wirklich?
Volker Schmidt: Die Wirtschaft liegt am Boden, die Erwartungen sind im Keller. Diese Krise trifft nicht nur einzelne Branchen, sondern alle Betriebe – von den Autoherstellern über den Handel bis hin zur Gastronomie. Bis Mitte Mai werden drei Viertel der niedersächsischen Industriebetriebe in Kurzarbeit sein. Das hat es noch nie gegeben, dafür haben wir keine Blaupause.
Volker Müller: Dass der Umsatz von einem Tag zum anderen von 100 auf null geht, ist einzigartig. Von denen, die heute im Arbeitsleben stehen, hat noch keiner auch nur annähernd so etwas erlebt. Da müssen wir schon bis zum Schwarzen Freitag von 1929 zurück, um eine Parallele zu finden.

Die Produktion ruht vielerorts, die meisten Geschäfte mussten schließen – wie lange lässt sich das durchhalten?
Müller: Wenn das noch drei Wochen dauert, dann wird es schon ernste Konsequenzen geben, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Die größten Probleme haben die Zulieferer in der Metall- und Chemieindustrie, deren Kapitaldecke schon vor Corona sehr dünn war. Verschärfend kommt hinzu, dass Betriebe von staatlichen Hilfskrediten ausgeschlossen sind, wenn sie schon vor dem 31. Dezember 2019 in einer Restrukturierung waren.
Schmidt: In Niedersachsen sind über 60 Prozent der Beschäftigten direkt oder indirekt mit der Autoindustrie verbunden. Kein anderes Bundesland ist so von dieser Branche abhängig. Und ausgerechnet hier bündeln sich die Probleme: Die Hersteller haben ihre Produktion innerhalb weniger Tage gestoppt – bei der Materialzufuhr beträgt der Vorlauf aber vier bis sechs Wochen. In der Vorfinanzierung laufen hier also immense Kosten auf. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, die Autoindustrie sei unverwundbar. Die Kapitalpolster reichen höchstens noch acht bis zehn Wochen. Es geht um Liquidität – Cash ist King.

Die Autoindustrie ist schon angeschlagen in diese Krise gegangen. Wie schnell kann sie sich erholen?
Schmidt: Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir die Produktionszahlen der Jahre 2017 und 2018 auf absehbare Zeit wiedersehen. Gegenüber 2017 sind wir in Deutschland bereits im letzten Jahr um 20 Prozent eingebrochen, 2020 könnten wir das 2017er Niveau sogar um 45 Prozent unterschreiten. So etwas hält keine Branche aus. Das wird weitreichende Konsequenzen haben – auch für die Beschäftigung.
Müller: Viele Unternehmen sind in der Vergangenheit zwar noch einigermaßen durch eine Krise hindurch gekommen – sie haben es danach aber nicht mehr gepackt, wieder in Wachstum zu investieren, weil ihnen das Geld fehlte. Wir haben die Chance, als Marktführer wieder aufzustehen, allerdings nicht auf dem alten Niveau der Produktion. Unsere Position am Weltmarkt werden wir halten können, wenn es nicht an der nötigen Liquidität mangelt.

Volkswagen und andere müssen in diesem Jahr viele Elektroautos auf die Straße bringen, um den Schadstoffausstoß ihrer Fahrzeugflotten zu senken und Strafzahlungen in Milliardenhöhe zu vermeiden. Kann das noch gelingen?
Schmidt: Die Klimaziele in der Europäischen Union waren schon vor Corona sehr ambitioniert, sie sind es jetzt erst recht. Ich halte es für unverantwortlich, wenn die Autoindustrie angesichts der ohnehin schon desolaten Ertragslage jetzt auch noch exorbitante Strafzahlungen leisten soll. Das wäre eine sehr schwere Hypothek, und das kann nicht im Sinne der Erfinder sein. Die Politik muss jetzt pragmatisch reagieren. Die Debatte läuft bereits, in Brüssel und in Berlin.

FOTOS: KATRIN KUTTER

Zur Person

Volker Müller (64) ist seit zwei Jahrzehnten Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN). Sie sind die Dachorganisation für 92 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, die die Interessen von 150 000 Unternehmen mit mehr als drei Millionen Arbeitnehmern aus den Bereichen Industrie, Handel, Dienstleistungen, Handwerk und Landwirtschaft vertreten.

Zur Person

Volker Schmidt (59) ist seit Herbst 2008 Hauptgeschäftsführer von neun Arbeitgeberverbänden, darunter Niedersachsen-Metall mit rund 300 Mitgliedsbetrieben mit etwa 110 000 Beschäftigten. Von 1995 bis 2001 arbeitete der gebürtige Leverkusener im Planungsstab der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von 2003 bis 2008 leitete er die politische Abteilung der Niedersächsischen Staatskanzlei.

> Das, was der Staat aktuell an Hilfen zahlt, hat er vorher von der Wirtschaft bekommen.
>
> **Volker Müller,** Unternehmerverbände Niedersachsen

> Ich halte es für unverantwortlich, wenn die Autoindustrie jetzt auch noch exorbitante Strafzahlungen wegen der Klimaziele leisten soll.
>
> **Volker Schmidt,** Niedersachsen-Metall

Was müssen die Unternehmen aus der Corona-Krise ziehen? Die plötzliche Löchrigkeit der Lieferketten dürfte manchen unangenehm überrascht haben...
Schmidt: Die Globalisierung lässt sich nicht zurückdrehen. Vor zehn Jahren haben zum Beispiel die deutschen Autohersteller noch die Hälfte der damals insgesamt neun Millionen Fahrzeuge in Deutschland gebaut – 2019 wurden bereits drei Viertel von mittlerweile 16 Millionen Autos im Ausland produziert. Die Produktion folgt der Nachfrage, wir sind von den Auslandsmärkten abhängig. Die Weltwirtschaft wird durch ein feingliedriges Räderwerk an Wertschöpfungsketten zusammengehalten. Aber als Gesellschaft sollten wir autarker werden:

Sie sind sonst nicht immer einer Meinung, angesichts der dramatischen Krise kamen sie aber gern zum Doppelinterview: Volker Schmidt (links) und Volker Müller.

Müller: Uns fehlen hier leider die Verbündeten. Kaum einer der 27 EU-Mitgliedsstaaten ist so von der Industrie geprägt wie Deutschland mit einem Anteil von mehr als 20 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Dafür sind viele auf dem Klimaschutzpfad unterwegs. Es geht hier auch um knallharte Interessengegensätze.

Die Wirtschaft lässt sich schnell herunterfahren – wie kommt sie wieder in Gang?
Müller: Der Staat kann vorübergehend helfen, aber er kann die deutsche Wirtschaft nicht über längere Zeit am Leben erhalten – dafür reichen seine Mittel nicht. Deshalb müssen wir die Betriebe und Geschäfte mit Augenmaß wieder öffnen. Umsatz ist das beste Heilmittel. Wichtig ist auch, die Lockerungen gut zu begründen. Niemand versteht doch, dass ein Gartencenter Gartenmöbel verkaufen darf, während Möbelhäuser geschlossen und auf ihrer Ware sitzen bleiben. Ungerechtigkeit gefährdet die Akzeptanz solcher Verbote.
Schmidt: Die Autoindustrie muss spätestens Anfang Mai wieder produzieren können. Es wäre sinnvoll, dass die Händler 14 Tage vorher öffnen. Derzeit stehen in Deutschland 650 000 Neuwagen im Handel, das sind mehr als doppelt so viele wie in normalen Zeiten. Die Hoffnungen ruhen auf dem Gipfeltreffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten am Dienstag nach Ostern. Davon könnte ein starkes Signal ausgehen.

Welche Lehren müssen die Unternehmen aus der Corona-Krise ziehen? Die plötzliche Löchrigkeit der Lieferketten dürfte manchen unangenehm überrascht haben...
Schmidt: Die Globalisierung lässt sich nicht zurückdrehen. Vor zehn Jahren haben zum Beispiel die deutschen Autohersteller noch die Hälfte der damals insgesamt neun Millionen Fahrzeuge in Deutschland gebaut – 2019 wurden bereits drei Viertel von mittlerweile 16 Millionen Autos im Ausland produziert. Die Produktion folgt der Nachfrage, wir sind von den Auslandsmärkten abhängig. Die Weltwirtschaft wird durch ein feingliedriges Räderwerk an Wertschöpfungsketten zusammengehalten. Aber als Gesellschaft sollten wir autarker werden: Schutzanzüge, Masken und medizinisches Gerät müssen in ausreichender Zahl vorhanden sein, um bei Pandemien künftig frühzeitiger energisch gegensteuern zu können.
Müller: Es geht auch um die Wettbewerbsfähigkeit. Wir haben uns als Konsumenten daran gewöhnt, möglicht billig einzukaufen – folglich findet die Produktion dort statt, wo die Kosten am günstigsten sind. Die Politik kann hier helfen, indem sie die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert, also etwa Genehmigungsverfahren beschleunigt und generell das enge Korsett an Vorschriften lockert.

In der Regel beklagt sich die Wirtschaft über Eingriffe des Staates. Als Helfer in der Not ist er hingegen sehr willkommen. Nagt das nicht an ihrer Glaubwürdigkeit?
Müller: Dass, was der Staat aktuell an Hilfen zahlt, hat er vorher von der Wirtschaft bekommen. Der Staat kann ja nur das investieren, was die Unternehmen und die Mitarbeiter zuvor verdient haben. Wir profitieren jetzt davon, dass die Sozialkassen gut gefüllt sind, dass es in der Renten- und Arbeitslosenversicherung dicke Polster gibt – allein bei der Bundesagentur für Arbeit sind es 27 Milliarden Euro. Diese Reserven sind entstanden, weil es zuvor Vollbeschäftigung gab – das ist das beste Sozialprogramm, das ein Staat sich denken kann.
Schmidt: Ohne eine funktionierende Wirtschaft gibt es kein funktionierendes Sozial- und Gesundheitssystem. Ein großer Teil der Wertschöpfung in Niedersachsen kommt aus der Industrie – der Staat muss deshalb ein starkes Interesse daran haben, das Überleben dieser und anderer lebenswichtiger Branchen zu erhalten.

Am Ende muss die Rettungspakete aber jemand bezahlen. Aus der SPD kommt die Forderung nach einer Vermögensabgabe, ärmere EU-Staaten fordern die Solidarität der Länder ein, die gemeinsam für die Schulden gerade stehen sollen, indem sie Euro-Bonds emittieren.
Schmidt: Die Forderung nach einer Vermögensabgabe ist vermessen. Denn sie bedeutet, dass Familienunternehmer, deren Existenz auf dem Spiel steht und die wir brauchen, um den Laden wieder in Schwung zu bringen, jetzt noch ihre sowieso schon schwindende Substanz angreifen sollen. Bei Corona-Bonds bleibe ich skeptisch, weil hier Verantwortung und Haftung auseinanderfallen. Wir würden damit die Büchse der Pandora öffnen, die Vergemeinschaftung von Schulden wird den Wert des Euros schwächen. Italien wäre damit in der gegenwärtigen Krise auch nicht geholfen, denn Investitionen in die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens dort wirken nicht innerhalb weniger Tage.
Müller: Wir können uns die Hilfen für die Wirtschaft leisten, weil wir zuletzt Überschüsse im Haushalt vorzuweisen hatten. Staaten wie Portugal und Griechenland haben die Schuldenkrise gemeistert, weil sie unter dem europäischen Schutzschirm ihre Haushalte in Ordnung gebracht haben. Bei einer Ausgabe von Eurobonds wären solche Gegenleistungen nicht garantiert.

Interview: Jens Heitmann

Unternehmer-Interessen in der Krise vertreten

Sondersitzungen, Krisenstäbe und Sonderrundschreiben

Am Donnerstag, den 12. März, fand eine kurzfristig angesetzte außerordentliche Geschäftsführerkonferenz der UVN mit Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann und Staatssekretär Heiger Scholz aus dem Sozialministerium statt.

Ging es anfangs noch um unterbrochene Lieferketten in China, nutzten knapp 40 Verbände die Gelegenheit, direkt aus dem Krisenstab Informationen über die Maßnahmen und geplanten Verordnungen der Landesregierung zu erhalten. Reihum konnten alle von den Auswirkungen auf ihre Branchen zu diesem Zeitpunkt berichten – florierende Geschäfte wie in der Baubranche waren die Ausnahme. Totalausfall vor allem im Bereich Messen, Veranstaltungen, Handel und Tourismus. Gleichzeitig gab es die Gelegenheit, dem Wirtschaftsminister konkreten Anliegen vorzutragen.

UVN-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller wurde zudem von Ministerpräsident Stefan Weil in den wöchentlichen Krisenstab eingeladen. Dort hatte er kontinuierlich die Möglichkeit, im Kreis von Ministerien sowie Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Vertretern auf die berechtigten Interessen von Unternehmen hinzuweisen.

Dle UVN waren die gesamte Zeit über Ansprechpartner für Unternehmen und Verbände. Diese wurden über Videobotschaften, Sonderrundschreiben und das UVN-Netzwerk ständig über die neuesten Verordnungen und Unterstützungsprogramme informiert, teilweise noch spät abends. Verordnungen, vereinfachtes Kurzarbeitergeld, Zuschüsse, Darlehen – es ging Schlag auf Schlag um Einschränkungen des Geschäftsbetriebs und neue Hilfsprogramme. ■

Dr. Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer NiedersachsenMetall – Verband der Metallindustriellen Niedersachsens e.V.

„Eine Gesellschaft, die sich in großen Teilen der Quellen von Wertschöpfung, Arbeit und Einkommen nicht mehr bewusst ist, geht in der immer stärker globalisierten Welt von heute einen risikoreichen Weg. Ein ganzes Stück mehr Verständnis für grundlegende ökonomische Zusammenhänge wünscht man Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland schon und etlichen Medien in besonderer Weise. Denn die Grundrechenarten gelten nun einmal weltweit, sie lassen sich nicht außer Kraft setzen.“

ZITIERT

1,3 Mrd. € Corona-Soforthilfe der Landesregierung*

ZITIERT

Birgit Eckhardt,
Vorstandsvorsitzende
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V

„Die Spende von 2.000 Schutzmasken, die ich im April in Empfang nehmen durfte, zeigt zweierlei: Zum einen wie groß die Not und der Bedarf an Schutzausrüstung ist. Wir müssen darauf achten, dass auch die Pflege ausreichend versorgt wird, um die Hauptrisikogruppe, die alten Menschen, zu schützen. Zum anderen zeigt die Spende, dass wir es nur gemeinsam schaffen werden, die Corona-Krise zu bewältigen. Solidarität ist das Gebot der Stunde, jeder kann helfen.“

* Abgewickelt über die NBank (Quelle). Nach Prüfung mussten bisher 3.500 Unternehmen insgesamt gut 20 Mio. € zurücküberweisen (Stand 08/2020).

5.000 Masken für die Pflege

Spende gegen Mangel an Schutzkleidung

Die UVN haben haben den niedersächsischen Pflegeverbänden am 1. April 5.000 FFP2-Schutzmasken für die Pflegeeinrichtungen in Niedersachsen übergeben:

- Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
- Diakonisches Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V.
- Caritas in Niedersachsen
- bpa Arbeitgeberverband e.V.

„In Zeiten, in denen die ganze Welt Schutzkleidung benötigt, freuen wir uns, dass wir die Pflege in Niedersachsen bei ihrer wichtigen Aufgabe unterstützen können. Mit diesen 5.000 FFP2-Schutzmasken können die Pflegerinnen und Pfleger ihre gerade jetzt so wichtige Arbeit verrichten, ohne sich und andere dem Risiko einer Infektion auszusetzen“, bekräftigte UVN-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller. ■

Chronik

Die erste Zeit mit dem Corona-Virus

31.12.2019	China meldet erstmals Lungenkrankheit an die WHO.
28.01.2020	Erster Fall COVID-19 in Deutschland
04.03.2020	HANNOVER MESSE wird verschoben
06.03.2020	Absage der Veranstaltung „UnternehmerKULTUR“
11.03.2020	Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Menschen sind verboten.
16.03.2020	Die Grenzen werden geschlossen.
16.03.2020	Schulen und Kitas in Niedersachsen schließen.
17.03.2020	UVN nimmt an der 1. Sitzung des Corona-Krisenstabs der Niedersächsischen Landesregierung teil.

Foto: Nds. Staatskanzlei

„Wir sind stärker! Niedersachsen gegen Corona“

Kampagne der Niedersächsischen Staatskanzlei

Die Landesregierung hat eine Kampagne gestartet, mit der die Menschen in Niedersachsen immer wieder an die weiterhin notwendigen Präventionsmaßnahmen erinnert werden sollen.

Mit Augenzwinkern und typisch niedersächsisch werden die maßgeblichen Hygiene- und Abstandsregeln sowie die Pflicht zur Mund-Nasen-Bedeckung thematisiert. Die Menschen sollen sich möglichst freiwillig und aus Überzeugung auch weiterhin an die Corona-Regeln halten, um die erreichten Fortschritte nicht zu gefährden.

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Zahl an Neuinfektionen, der zunehmenden Sorglosigkeit der Bürger im Umgang mit den Abstands- und Hygieneregeln und der Maskenpflicht sowie dem Schulstart, der Rückreisewelle und vermehrten Privatfeiern, war die Landesregierung zuletzt sehr vorsichtig bei weiteren Lockerungen und erweiterte ihre Kampagne. ■

Corona und Arbeitsrecht

UVN mit im Krisenstab

Die Corona-Pandemie hat weitreichende Auswirkungen auf die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen. So bestand erheblicher Beratungs- und Informationsbedarf zu den Themen Entschädigung nach Infektionsschutzgesetz, Kurzarbeit, Urlaubsrecht, Arbeitsschutz und Homeoffice. Hierzu haben die UVN ihre Mitglieder kurzfristig und regelmäßig informiert.

Hilfreich waren dabei insbesondere die Informationen und Arbeitshilfen der BDA sowie die Unterstützung der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit. Im Krisenstab der Landesregierung arbeiteten wir eng mit dem Niedersächsischen Sozialministerium zusammen und konnten Zweifelsfragen schnell klären. So haben wir Erleichterungen wie beispielsweise ein Formular für die Anforderung von Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz erreicht. ■

ZITIERT

Kirsten Weber,
Hauptgeschäftsführerin
Arbeitgeberverband
Mitte e. V.

„Ludwig Thoma sagte einmal, dass es Berge gibt, über die man hinüber muss, sonst geht der Weg nicht weiter. In diesen bewegenden Zeiten schöpfe ich immer wieder Kraft daraus, von mutigen und beharrlichen Bergsteigern zu lesen und zu hören, die in der Krise auch Chancen sehen.“

Niedersachsen.digital

vernetzt geballtes Digital-Know-how

Gerade in der Pandemie hat sich gezeigt, dass digitalen Technologien eine Schlüsselrolle zukommt, um Information, Sicherheit und Teilhabe zu ermöglichen. Deshalb haben die UVN und das niedersächsische Wirtschaftsministerium in kürzester Zeit die Intiative des UVN-Mitglieds Hannover IT unterstützt und die Initiative Niedersachsen.digital ins Leben gerufen. Seit dem 1. August 2020 hat sie die Rechtsform eines Vereins und ist Mitglied der UVN.

Ziel ist es, die digitalen Köpfe und Vorreiter des Landes zu vernetzen, Wissen zu teilen und Digitalisierung in allen Regionen und Lebensbereichen zu fördern. Zahlreiche Akteure aus Wirtschaft und Forschung haben Know-How, Vernetzung und weitere Unterstützung zugesagt.

Zu den ersten Projekten gehörten die OMK.digital für den Einzelhandel, eine Podcastreihe für den Mittelstand, ein Fachaustausch in der Lehre sowie Wissensvermittlung und Praxistipps zu Telemedizin und Videokonferenzsystemen.

Mehr unter https://niedersachsen.digital/ ■

NIEDERSACHSEN DIGITAL

Sonntagsöffnung am Runden Tisch errungen

Auch kleinere Anlässe möglich

Im Juli haben sich Landesregierung, Wirtschaft, Gewerkschaften und Kommunale Spitzenverbände bei einem zweiten Runden Tisch auf Sonntagsöffnungen geeinigt. So sollen die Geschäfte in Niedersachsen in diesem Jahr an insgesamt vier Sonntagen ohne landesweite Vorgabe öffnen können. Jede Kommune kann in Abstimmung mit den anderen regionalen und örtlichen Akteuren selbst entscheiden, wann sie ihre verkaufsoffenen Sonntage durchführt - Trauer- und Adventswochenenden ausgenommen.

Ein Anlass für einen verkaufsoffenen Sonntag kann deutlich kleiner ausfallen als in der Vergangenheit üblich. Denn Volksfeste oder Messen, die sonst als Anlass für einen verkaufsoffenen Sonntag galten, können derzeit nicht stattfinden.

Die Situation des Einzelhandels hat sich durch die Corona-Vorschriften deutlich verschlechtert. Die Geschäfte haben weniger Kundenverkehr. UVN-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller machte deutlich, dass man mit der gefundenen Sonderregelung den Kundenverkehr entzerren könne und Händler eine Chance hätten, verlorene Einnahmen ansatzweise auszugleichen.

Für eine langfristige Erholung und Modernisierung der Händler vor Ort sind die 10 Millionen Euro des Landes zur Digitalisierung des Einzelhandels eine wichtige Unterstützung. ■

Chronik

Die erste Zeit mit dem Corona-Virus

17.03.2020	Das Auswärtige Amt erlässt eine weltweite Reisewarnung.
21.03.2020	Schließung der Gastronomie in Niedersachsen
22.03.2020	Kontaktverbot
25.03.2020	Bundestag beschließt Hilfspaket.
25.03.2020	Unternehmen können Anträge über die NBank stellen.
26.03.2020	HANNOVER MESSE endgültig abgesagt
01.04.2020	UVN übergibt 5.000 FFP2-Masken an Pflegeeinrichtungen.

UVN Lunch-Talks

Im 1:1-Austausch mit den politischen Entscheidern

Zahlreiche Fachveranstaltungen mussten aufgrund der Pandemie abgesagt werden. Der Informationsbedarf ist jedoch gerade für Unternehmen und Beschäftigte größer als je zuvor. Deshalb haben die UVN Ende März ein neues Veranstaltungsformat zum konkreten Informationsgewinn und Austausch entwickelt.

Das neue Veranstaltungsformat „UVN Lunch-Talk“ ermöglicht unseren Mitgliedern seit Beginn der Pandemie per Livestream eine frühzeitige Information und Diskussion mit den zuständigen Bundes- und Landesministerinnen und -ministern, Abgeordneten und Organisationsleitungen.

Die Themen reichten von Sofort-Hilfen, Kreditprogrammen, Kurzarbeit, Steuer- und Finanzpolitik über gesundheitspolitische Strategien, Arbeitsschutz, Kinderbetreuung und den Maßnahmenkatalog zur Wiederbelebung der Wirtschaft bis hin zum EU-Binnenhandel, Arbeitnehmerfreizügigkeit und Außenhandel.

Wir danken allen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern für den unkomplizierten und offenen Austausch! Mit dabei waren bisher:

Burkhard Balz,
Vorstandsmitglied der
Deutschen Bundesbank

Reinhold Hilbers (MdL(,
Niedersächsischer Finanzminister

Tamara Anthony,
ARD-Korrespondentin in Peking

Foto: X21de - Reiner Freese

Dr. Mehrdad
Payandeh,
Bezirksvorsitzender
DGB-Bezirk
Niedersachsen-
Bremen-
Sachsen-Anhalt

Björn Thümler (MdL),
Minister für
Wissenschaft
und Kultur

Foto: C. Brauers

David McAllister (MdEP),
Vorsitzender des Auswärtigen
Ausschusses im Europäischen Parlament

Hubertus Heil (MdB),
Bundesminister für
Arbeit und Soziales

Anja Piel,
Mitglied im
Geschäftsführenden
Bundesvorstand
Deutscher Gewerk-
schaftsbund (DGB)

Dr. Carola Reimann,
Niedersächsische Ministerin für Soziales,
Gesundheit und Gleichstellung

Dr. Hendrik Hoppenstedt (MdB),
Staatsminister
bei der Bundeskanzlerin

Fotos: Marcus Prell

UVN-Gesundheitsforum mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn

Mit Abstand in der HDI Arena

Die Globalisierung, der demografische Wandel, neue Technologien, veränderte Arbeitsweisen und nun auch die Corona-Pandemie stellen Deutschland und die Welt vor neue Herausforderungen. Besonders betroffen von diesen Veränderungen und gleichzeitig die Lösung für viele Herausforderungen ist die Gesundheitswirtschaft.

Daher freuen wir uns, dass das bereits für den 8. März 2020 geplante UVN-Gesundheitsforum am 11. September 2020 als Open-Air-Veranstaltung in der HDI Arena mit ganz aktuellen Erkenntnissen und neuen Impulsen stattfinden konnte. Dabei nahmen wir sowohl die Auswirkungen der Pandemie als auch die generellen Herausforderungen für Niedersachsen im Gesundheitsbereich wie Pflege, Krankenhausstruktur, Digitalisierung oder Ärzteversorgung im ländlichen Raum in den Blick.

Im Rahmen des Gesundheitsforums sprachen und diskutierten der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, die Niedersächsische Sozialministerin Dr. Carola Reimann und der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kultur Björn Thümler mit maßbeglichen Entscheidern aus der Gesundheitswirtschaft.

Mit dabei waren u. a. Volker Meyer (MdL, Sprecher für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung der CDU-Landtagsfraktion), Barbara Schulte (Geschäftsführerin Klinikum Region Hannover GmbH), Dr. Jürgen Peter (Vorstandsvorsitzender AOK – Die Gesundheitskasse für Niedersachsen), Mark Barjenbruch (Vorstandsvorsitzender Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen KdöR), Stefanie Stoff-Ahnis (Vorstand GKV-Spitzenverband) und Dr. Yazid Shammout (Geschäftsführer DANA Senioreneinrichtungen GmbH). ■

Prof. Dr. Heinz Jörg Fuhrmann,
Vorstandsvorsitzender Salzgitter AG

„Der politisch geforderte Transformationsprozess in Richtung einer CO_2-armen Stahlherstellung stellt unser Unternehmen vor eine existenzielle Herausforderung. Mit unserem vielbeachteten Konzept SALCOS® - SAlzgitter Low CO_2 Steelmaking haben wir bereits die erforderlichen technischen Grundlagen zu deren Bewältigung geschaffen.

Allerdings benötigen wir dazu auch die erforderlichen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen und passende Rahmenbedingungen. Die Bundesregierung hat mit dem Handlungskonzept Stahl – auch in Verbindung mit der Nationalen Wasserstoffstrategie – erstmals gesamthaft konkrete Maßnahmen benannt. Es ist höchst erfreulich, aber auch absolut notwendig, dass das industriepolitische Gesamtkonzept auch die Gegebenheiten unserer Branche adressiert. Deutschland nimmt so eine Führungsrolle in der EU ein. Jetzt kommt es darauf an, vom Konzept zeitnah zu politischen Entscheidungen und Aktionen zu gelangen.“

ZITIERT

UVN-Industrieforum

Wie steht die Politik zur deutschen Industrie?

Die Industrie in Deutschland und damit „Made in Germany“ muss sich kontinuierlich neu erfinden und teils kurzfristigen politischen Entscheidungen unterwerfen.

EU-Regelungen werden übererfüllt. Auf den Atomausstieg folgt der Kohleausstieg, auf die Energiewende sogar die Rohstoffwende. Genehmigungsverfahren sind langwierig, komplex und teuer. Wie steht Deutschland zu seiner Industrie, den damit verbundenen Arbeitsplätzen und dem darauf begründeten Wohlstand?

Über die ‚Nationale Industriestrategie 2030‘ der Bundesregierung sprachen wir im Rahmen des UVN-Industrieforums am 11. Juni 2019 mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier.

Große wirtschaftliche Herausforderungen liegen in hohen Unternehmensteuern, der Klima- und Energiepolitik sowie internationalen Handelsbeschränkungen.

Im globalen Wettbewerb greifen andere Staaten in den Markt ein. Unsere Antwort darf nicht der Einstieg in planwirtschaftliche Instrumente sein, die den freien Markt vor Ort aushebeln. ■

Handlungskonzept Mittelstand und Handwerk

Nachhaltige Stärkung für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen

Das Handlungskonzept „Mittelstand und Handwerk“ wurde ressortübergreifend in allen Landesministerien und zusammen mit den UVN, den Unternehmensverbänden Handwerk Niedersachsen (UHN) und weiteren Akteuren erarbeitet und im Sommer 2019 vorgestellt. Es sieht insgesamt 56 Maßnahmen in zehn Themenfeldern vor, um Mittelstand und Handwerk in Niedersachsen nachhaltig zu stärken.

Auf Grundlage des Handlungskonzeptes wird ein Arbeitsprozess zur Weiterentwicklung der Mittelstandspolitik gestartet. Die Inhalte des Konzeptes werden mit Verbänden, Unternehmern und Unternehmerinnen diskutiert und entsprechend der Erkenntnisse fortgeschrieben. Das Niedersächsische Wirtschaftsministerium wird 2020 im Rahmen eines Fortschrittberichts über die Umsetzung informieren. ■

Landesregierung und Wirtschaftsvertreter stellen das „Handlungskonzept Mittelstand und Handwerk“ in der Landespressekonferenz vor.

Ute Schwiegershausen,
Geschäftsführerin
Unternehmerverbände
Handwerk e.V. (UHN)

ZITIERT

„Die Initiative der Landesregierung legt mit dem Handlungskonzept Mittelstand und Handwerk auch einen besonderen Fokus auf das niedersächsische Handwerk. Gerade die häufig kleinbetrieblich strukturierten, inhabergeführten Handwerksbetriebe sind in Zeiten des digitalen Umbruchs und des erhöhten Fachkräftebedarfs auf zielgruppengerechte Verbesserung der Rahmenbedingungen angewiesen. Die gemeinsame Forderung nach Gebührenfreiheit von Aufstiegsfortbildungen gehört ebenso dazu wie die wohnortnahe Beschulung unserer Auszubildenden und die Einführung des Digitalbonus. Das Handlungskonzept lebt zudem von dessen Fortschreibung und Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen.“

Wirtschaft? Sicher! analog und digital

Unsere Veranstaltungsübertragung ‚Auf den Punkt.‘ am 8. Juni 2020 erreichte mehr als 400 Mitglieder und Gäste

Die digitale Welt bietet enorme Chancen. Bisher war die größte Hürde der Digitalisierung die entsprechende Infrastruktur. Mittlerweile wird in Unternehmen die Absicherung des Datenverkehrs als eine der zentralsten Herausforderungen gesehen. Die Corona-Pandemie beschleunigt die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen enorm.

Wie wichtig individuelle Sicherheitsstrategien und ihre ständige Weiterentwicklung für Unternehmen sind, wurde in verschiedenen Impulsvorträgen herausgearbeitet. Dabei spielten die technischen und betrieblichen Voraussetzungen eine ebenso große Rolle wie die Sensibilisierung der Beschäftigten für die Einhaltung der Vorgaben und eine ehrliche Fehlerkultur.

Per Livestream konnten unsere Mitglieder die Diskussionen verfolgen und Fragen an unsere Experten richten.

Mit dabei waren Boris Pistorius (Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport), Norbert Brilla (ASW Norddeutschland e.V), Bennet von Skarczinski (Pricewaterhouse Coopers GmbH), Prof. Dr. Sascha Fahl (Universität Hannover), Karoline Busse (digitalRat.niedersachsen) und Peter Leppelt (digitalRat.niedersachsen). Über den QR-Code gelangen Sie zur Aufzeichnung unserer Veranstaltung. ■

Foto: Thaut Images/fotolia.com

Mehr Windkraft, Stromnetze und Wasserstoff für Niedersachsen!

ZITIERT

Bärbel Heidebroek,
Vorsitzende LEE Landesverband
Erneuerbare Energien
Niedersachsen/Bremen e.V.

„Der LEE setzt sich dafür ein, dass unsere Bundesländer im Bereich Wind und Biogas Marktführer bleiben und dass der Solarbereich ausgebaut wird, aber auch dafür, dass die Wasserkraft endlich Perspektiven in Niedersachsen bekommt. Unser Hauptaugenmerk legen wir auf den Bereich der Sektorenkopplung, für den die Produktion von grünem Wasserstoff von zentraler Bedeutung ist. Wir bauen den Dialog mit den Energieversorgern und großen Abnehmern aus, um Niedersachsen und Bremen perspektivisch bedarfsgerecht Erneuerbar versorgen zu können. Wenn uns die Politik unterstützt, können wir die Klimaziele zügig erreichen und eine stabile, regenerative Energieversorgung garantieren.“

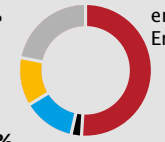
Damit Deutschlands Energiewende und Europas Green-Deal Erfolg haben, muss unsere Wirtschaft und Industrie international wettbewerbsfähig und innovativ bleiben. Dazu bedarf es einer deutlichen Steigerung unserer Investitionen, Erneuerbaren Energien, Stromnetze, Wasserstoff-Erzeugungsanlagen, Gasinfrastruktur sowie einer infrastrukturellen Kopplung aller Energieverbrauchssektoren.

Niedersachsen als Windenergie- und Transitland Nummer 1 hat damit riesiges Potenzial. Mit 32 neu genehmigten Windrädern in Niedersachsen im ersten Halbjahr 2020 und rund 190 neuen Windenergieanlagen bundesweit gibt es hier zwar minimale Fortschritte, es ist aber das zweitschwächste Ausbau-Halbjahr der vergangenen 15 Jahre. Hinzu kommen ständige Verzögerungen beim Ausbau der Stromübertragungsnetze. Bemühungen zum Aufbau einer Wasserstoffindustrie wurden lange vom Bund aufgeschoben.

Im Vorfeld der europäischen und nationalen Corona-Milliardeninvestitionen forderten die UVN 2020 gemeinsam mit Niedersachsens Energieminister Olaf Lies und dem DGB ein klima- und digitalpolitisches Konjunkturprogramm, um Innovation, Produktion und klimafreundliche Technologien zu fördern. ■

Strommix Deutschland

Anteil der Energieträger bei der Stromeinspeisung im 1. Quartal 2020



Kohle **22,3 %**

Kernenergie **11,6 %**

Erdgas **12,7 %**

sonst. konventionelle Energieträger **2,2 %**

erneuerbare Energien **51,2 %**

davon:
Windkraft **34,9 %**
Photovoltaik **4,8 %**
Biogas **5,5 %**
sonst. erneuerbare Energieträger **6 %**

Anteil erneuerbarer Energien
Der Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung in Deutschland hat mit 51,2 % im ersten Quartal dieses Jahres den der konventionellen Energieträger wie Kohle und Atomkraft übertroffen. Bereits 34,9 % der eingespeisten Strommenge stammten aus Windkraft.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wasserstoffwirtschaft – Chance für Norddeutschland?

4. Unternehmergespräch Hamburg-Niedersachsen am 5. Februar 2020

Im April 2019 verabschiedeten die vier norddeutschen Bundesländer die „Norddeutsche Wasserstoffstrategie“. Sie sieht bis 2025 500 Megawatt und bis 2030 fünf Gigawatt Elektrolyse-Leistung vor. Mit Niedersachsens Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann und Hamburgs Wirtschafts- und Verkehrssenator Michael Westhagemann forderten wir die Bundesregierung auf, mit ihrer „Nationalen Wasserstoffstrategie“ zügig die richtigen Weichen zu stellen.

Wesentliche Standortvorteile des Nordens beim Aufbau einer Wasserstoff-Wirtschaft sind hohe Erzeugungskapazitäten für On- und Offshore-Windstrom mit weiterem Ausbaupotential, unterirdische Formationen zur Speicherung von Wasserstoff, Seehäfen für Import, Nutzung und Export, wissenschaftliche Expertise sowie Industriezweige mit erheblichen Erfahrungen im Umgang mit Wasserstoff und zusätzlichem Know-how in den sechs norddeutschen „Reallaboren der Energiewende“. ■

Niedersächsischer Appell für grünen Wasserstoff

Die Wasserstoffwirtschaft kann das Fundament für eine moderne, klimaneutrale Industrie bilden und einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt industrieller Wertschöpfung bei gleichzeitiger Einhaltung der Klimaziele und zur Arbeitsplatzsicherung leisten. Sowohl die nationale als auch die europäische Wasserstoffstrategie untermauern die Schlüsselrolle Niedersachsens.

Deshalb appellierten UVN, DGB, die Niedersächsische Landesregierung, die Fraktionen CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen im Sommer 2020 auf Initiative der UVN an die Bundesregierung, Konzepte mit langfristiger Wirkung zu forcieren und einen Markt für grünen Wasserstoff zu schaffen:

- Investitionen brauchen langfristige Planungssicherheit, deshalb im EnWG und EEG die Schlüsselrolle von Wasserstoff fixieren.
- Den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien sicherstellen und parallel Elektrolysekapazitäten aufbauen.
- Infrastruktur frühzeitig u. a. durch effiziente Verteil-Infrastrukturen und Import-Infrastrukturen in Form von Seehäfen bereitstellen.
- Effiziente (Standard-) Genehmigungsverfahren entwickeln.
- Wettbewerbsfähige Strompreise ermöglichen und staatlich induzierte Bestandteile reduzieren.
- Ein genauer Blick auf die Wertschöpfungsketten zeigt u.a. in der Grundstoffindustrie effiziente Klimaschutzmaßnahmen auf.

Noch keine Einigung auf Niedersächsisches Klimaschutzgesetz

Der im Herbst 2019 eingebrachte Entwurf des Artikelgesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (NKlimaG) ist allgemein stark umstritten, enthält bisher keinerlei Inhalte des in § 6 Abs. 1 genannten Maßnahmenprogramms und trifft auf viele, teils verfassungsrechtliche Bedenken. In unserer Stellungnahme gingen wir u. a. ausführlich auf folgende Punkte ein:

- Landesbeitrag in internationale Fortschritte einbetten, weitere Erhöhung der Klimaschutzziele überdenken und Öffnungsklausel zur Klimawandelanpassung vorsehen.
- Klimaschutz nachhaltig verwirklichen sowie die wirtschaftliche und räumliche Lage bei Reduktionszielen berücksichtigen.
- 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung ist noch nicht absehbar.
- Impact Assessment, Kosten und Machbarkeit für Maßnahmen darstellen und Bürokratie vermeiden.
- Wettbewerbsfähigkeit beachten und keine Verbote durch die Hintertür im Genehmigungsrecht.
- Die Vermehrung kohlenstoffreicher Böden ist nur begrenzt möglich. Die Substitution mineralischer Baustoffe sollte faktenbasiert hinterfragt werden.
- Emissionsarme Mobilitätskonzepte und regionale Rohstoffversorgung berücksichtigen.
- Ein professionelles Klimakompetenzzentrum muss die Wirtschaft aktiv unterstützten.

UVN-Position Digitalisierungspolitik

Neue Märkte brauchen neue Rahmenbedingungen

Die Digitalisierung ist neben der Klimapolitik eine der Triebfedern des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels. Wer im globalen Wettbewerb bestehen will, muss die Chancen der Digitalisierung nutzen. Politische Entscheider sollten diese beiden Megatrends ins Zentrum ihres Corona-Konjunkturprogramms stellen.

Moderne Politik muss darauf abzielen, sowohl Chancen für Unternehmen als auch Vorteile für Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Die Kernfrage zur Digitalisierung muss lauten: Wie sieht der Rechtsrahmen aus, damit niedersächsische Unternehmen neue, zukunftsfähige Märkte erschließen und Beschäftigung sichern können?

Mit unserer 2019 veröffentlichten UVN-Position Digitalisierungspolitik benennen wir technische, wettbewerbspolitische und datenschutzrechtliche Voraussetzungen für ein Gelingen der digitalen Transformation. Wir unterbreiten Vorschläge zur Anpassung des Rechtsrahmens in ausgewählten Themengebieten, die branchenübergreifend bedeutsam sind. ■

ZITIERT

Johann Doden,
Hauptgeschäftsführer
Arbeitgeberverband für Ostfriesland und Papenburg e.V.

„Wie wichtig ein zügiger Breitbandausbau und eine Verbesserung der Mobilfunkabdeckung für die Digitalisierung der Geschäftsprozesse ist, hat uns die Corona-Pandemie deutlich vor Augen geführt. Gerade KMU verlieren ohne den Einsatz moderner Kommunikationsmittel schnell den Kontakt zu ihren Kunden und Auftraggebern. Der Digitalbonus und die weiteren begleitenden Initiativen des Landes Niedersachsen zeigen Möglichkeiten auf und bieten eine Startfinanzierung.“

Auktion der 5G-Frequenzen

6,5 Milliarden Euro in den Netzausbau investieren!

Mitte 2019 wurde die Auktion der 5G-Frequenzen für den Mobilfunk abgeschlossen und spülte 6,5 Milliarden Euro in die Staatskasse. Wir forderten die Politik auf, die Versteigerungserlöse gezielt für den Netzausbau und die Einführung der Technologie einzusetzen. Wir dürfen den Fehler, der beim Mobilfunk gemacht wurde, nicht wiederholen. Das Geld für die Frequenzen fehlt damit den vier Providern für den Netzausbau.

Der Erlös fließt nun zu 100 Prozent in das Sondervermögen ‚Digitale Infrastruktur‘. Das heißt: 70 Prozent für den geförderten Netzausbau und 30 Prozent für den Digitalpakt Schule. Gleichzeitig legt die Frequenzauktion mit ihren Versorgungsauflagen den Grundstein für eine flächendeckende Mobilfunkversorgung. Damit wird sichergestellt, dass auch ländliche Regionen genauso am Ausbau der Mobilfunknetze partizipieren. ■

Die #DurchSTARTer 2019 der niedersächsischen Start-up-Szene

89 Bewerbungen bewiesen riesiges Innovationspotenzial

Der DurchSTARTer-Preis wurde am 4. Dezember 2019 erstmalig an die Plätze 1-3 in den drei Kategorien Newcomer, Scale-up und Science Spin-off verliehen.

Der gemeinsame Wettbewerb der NBank und des Landes Niedersachsen in Kooperation mit den UVN soll die niedersächsische Start-up-Szene weiter beleben, kreative und innovative Köpfe in Niedersachsen halten und zeigen, welches Potenzial darin als Standortfaktor und für die Wirtschaft insgesamt steckt.

Neben Start-up-Zentren, Gründerstipendien und Wagniskapital braucht es solche Wettbewerbe, damit innovative Menschen Aufmerksamkeit und Unterstützung für ihre Ideen erhalten, ein Wissens- und Kooperationsnetzwerk aufgebaut werden kann und der Markteintritt gelingt. ■

Kategorie „Newcomer“

1. SMAVOO bietet ganzheitliche Lösungen für das Internet der Dinge der Industrie (IIoT). Damit können Kunden ihre Prozesse in kürzester Zeit automatisieren.

2. SYNAOS steuert mit Künstlicher Intelligenz intralogistische Prozesse in Industrie- und Logistikunternehmen.

3. Pielers hat eine Cloud-basierte, P2P-Lebensmittelplattform entwickelt, mit der z. B. Bio-Landwirte ihre Produkte direkt vermarkten können.

Kategorie „Science Spin-off“

1. SeedForward entwickelt eine Ökobeize für Saatgut, die das Saatgut krankheitsresistenter und wachstumsstärker macht.

2. Formhand Automation: Mit dem FORMHAND-Greifer gelingt es, mehrere unterschiedliche Objekte zu greifen, indem er sich an die Oberfläche der Bauteile anpasst.

3. OptoGenTech entwickelt ein optisches Cochlea-Implantat, das genetisch modifizierte Zellen mit Licht stimuliert und so die Hörqualität drastisch verbessert.

Kategorie „Scale-up“

1. Yuanda Robotics entwickelt eine neue kollaborative Robotik-Generation für die unterschiedlichsten Anwendungsbereiche und macht so Mensch-Maschine-Kollaboration ganz unkompliziert.

2. Lilian Labs entwickelt, produziert und vertreibt ein mobiles Wasseranalysesystem, das in Sekundenschnelle bis zu 8 Wasserparameter gleichzeitig analysieren und per App in Cloud-basierte Datenbanken übertragen kann.

3. AIPARK entwickelt ein KI-basiertes Assistenzsystem, das freie Parkmöglichkeiten in Echtzeit erkennt und Autofahrer direkt zum verfügbaren Stellplatz leitet.

Industrie als Garant für eine freie und sichere Gesellschaft

9. Tag der niedersächsischen Wirtschaft – der Arbeitgebertag für Niedersachsen am 13. November 2019

Die Industrie ist die Basis unseres gesellschaftlichen Wohlstands und unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit in Niedersachsen, Deutschland und Europa. Mittelbar sind Handel, Handwerk, Dienstleistungen und Zukunftstechnologien u. a. im Bereich Energiewende, Mobilität oder Hoch- und Tiefbau abhängig von einem starken und wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Industriestandort. Dennoch wird der Industriestandort vermehrt durch politische Vorgaben hinterfragt, gebremst und im Wettbewerb mit anderen Ländern benachteiligt.

Unterschiedliche Standortfaktoren zu Konkurrenten in anderen Ländern führen zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen für unsere Industrieunternehmen. Daher sollte sich der Staat vor allem um die Verbesserung der Rahmenbedingungen kümmern. Dazu gehören insbesondere eine kostengünstige Energie- und sichere Rohstoffversorgung, eine gut ausgebaute Infrastruktur, ein stabiles Finanzsystem mit nachhaltiger Wirtschaftsförderung

ZITIERT

Folkmar Ukena,
NORDMETALL-Vizepräsidenten
und Geschäftsführer der
LEDA Werk GmbH & Co. KG
Boekhoff & Co.

„NORDMETALL schreibt die Sozialpartnerschaft groß. So hat der Verband gemeinsam mit der IG Metall Küste Projekte für Flüchtlinge und für benachteiligte Jugendliche ins Leben gerufen - von „Mitmachen + Engagieren: M+E hilft“ bis zur „Perspektive Berufsausbildung“. Und auch in der Tarifpolitik finden die Sozialpartner ohne staatliche Einmischung konstruktive, faire Lösungen, vom jüngsten Corona-Tarifabschluss bis zu den neuen Krisen-Arbeitszeitkonten. Unser Erfolgsrezept dabei: Klare Positionen, offenes Visier, persönliche Wertschätzung und ein vertrauensvoller Dialog auf Augenhöhe.“

und eine strategische Bildungs- und Zuwanderungspolitik gegen den Fachkräftemangel.

Mit Ihrem Vortrag „Ist die produzierende Industrie noch gewünscht?“ schaffte Katja Pampus, Geschäftsführende Gesellschafterin und Vorsitzende der Geschäftsleitung der Westfälische Drahtindustrie GmbH, die Grundlage für die weiteren Diskussionen zur Rolle der Industrie, politischen Zielen und Herausforderungen. Zu den Rednerinnen und Rednern gehörten u. a. der Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil, der Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Digitalisierung Stefan Muhle und die zu diesem Zeitpunkt Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag Anja Piel. ■

LEIBNIZ FORUM ARBEITSRECHT

Eine gemeinsame Veranstaltung der UVN, des DGB und der Juristischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover für Interessierte aus der betrieblichen und forensischen Praxis sowie der Studierendenschaft.

Teilzeit und Befristung

Am 12. September 2019 begrüßten wir zum 14. LEIBNIZ FORUM ARBEITSRECHT Professor Dr. Martin Franzen, Lehrstuhl für deutsches, europäisches, internationales Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht an der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er sprach über die Änderungen im Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG).

In Vortrag und Diskussion wurde deutlich, dass das Anliegen einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachvollziehbar, die Umsetzung u.a. durch eine unübersichtliche Vielfalt von Teilzeitansprüchen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Rechtsfolgen sowie erschwerte personalpolitische Überbrückungs- und Ausgleichsmaßnahmen (AÜG Novelle 2017 Verschärfung des Befristungsrechts) jedoch mäßig sei. Gerade wenn der Gesetzgeber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Ansprüche auf Verringerung der Arbeitszeit einräumt, muss er den Arbeitgebern Flexibilisierungsspielräume eröffnen und darf diese nicht einschränken! ■

Vergütung von Betriebsräten

Am 20. Februar 2020 begrüßten wir Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph Weber, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Würzburg. Er sprach beim 15. LEIBNIZ FORUM ARBEITSRECHT über die Vergütung freigestellter Betriebsratsmitglieder in der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts.

Konkret widmete sich Prof. Weber dem in der Praxis nur schwer handbaren Spannungsfeld zwischen Benachteiligungs- und Begünstigungsverbot des durch die Betriebsratsmitglieder übernommenen Ehrenamtes (§ 37 I BetrVG). Die hypothetische Methodik der Vergütungsbemessung wurde differenzierend anhand der Entgeltfortzahlung nach § 37 II BetrVG und dem Entgeltschutz nach § 37 IV BetrVG dargestellt. Im Fokus der anschließenden Diskussion standen die betriebliche Praxis, die u. a. angesichts kleiner Organisationseinheiten und betriebsübergreifender Matrixstrukturen bei der Vergleichsgruppenbildung Schwierigkeiten bereite, sowie Inhalt und Grenzen des Begünstigungsverbots. ■

Treffen der Arbeitsgerichtsbarkeit am 17. Januar 2020

Unsere Treffen der niedersächsischen Arbeitsgerichtsbarkeit bieten unseren Verbänden, Arbeitsrichterinnen und -richtern sowie Gewerkschaften ab vom Tagesgeschäft die Möglichkeit eines Fach- und Erfahrungsaustauschs. Gastgeber des zweiten Treffens zu personalpolitischen Fragen war die MTU Maintenance GmbH aus Hannover. Bereits die Begrüßung durch MTU-Geschäftsführer Holger Sindemann, den Präsidenten des Landesarbeitsgerichts Wilhelm Mestwerdt und den stellvertretenden UVN-Hauptgeschäftsführer Christoph Meinecke zeigte viele diskussionswürdige Inhalte auf. Die anschließenden Fachimpulse von Matthias Jaeger (MTU), Dr. Volker Schmidt (Niedersachsenmetall) und Thorsten Gröger (IG Metall Niedersachsen/Sachsen-Anhalt) schufen die Basis für eine lebendige Podiumsdiskussion und zahlreiche persönliche Gespräche im Anschluss. ■

Kurzarbeit federt härtere Einbußen am Arbeitsmarkt ab

Im Jahresdurchschnitt 2019 fiel die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen auf den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Gleichzeitig erreichte die Zahl der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ein neues Rekordhoch.

Der Corona-Effekt spielt laut Bundesagentur für Arbeit (BA) für den Anstieg der Arbeitslosigkeit in allen Ländern eine dominierende Rolle. Im Juli 2020 betrug die Arbeitslosenquote in Niedersachsen 6,2 Prozent, im März 2019 lag sie noch bei 5,1 Prozent.

Gerade in Niedersachsen versuchten Unternehmen durch die Inanspruchnahme von Kurzarbeit ihre Beschäftigten zu halten. Im Regionaldirektionsbezirk Niedersachsen-Bremen war laut IAB im Mai 2020 etwa ein Viertel der Beschäftigten in Kurzarbeit. ■

Robuster Ausbildungsmarkt dank engagierter Arbeitsmarktpartner

Die Suche nach geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern wird für Unternehmen immer schwieriger. Seit Oktober 2019 meldeten sich in Niedersachsen laut BA rund 43.600 Bewerber und damit etwa 5800 weniger als im Vorjahr (-11,8 Prozent). Die Zahl der Ausbildungsplatzangebote sank um etwa 4.300 auf rund 48.500.

Weil viele Berufe überlaufen, andere weniger bekannt oder beliebt sind und häufig auch die Wohnortnähe eine Rolle spielt, suchten im Juni fast 20.000 Jugendliche noch nach einer Ausbildung in Niedersachsen. Dabei waren laut BA noch mehr als 25.000 Stellen unbesetzt.

Gemeinsam setzen die Arbeitsmarktpartner deshalb weiter auf verschiedene, teils sehr individuelle Berufsorientierungsmaßnahmen und Kontaktbörsen. Im Zuge der Pandemie fördert das Land Niedersachsen den Ausbildungsmarkt mit zusätzlichen 18 Millionen Euro bis 2022. ■

Fragwürdiger Durchbruch bei Grundrente erzielt

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen hat der Bundestag am 2. Juli 2020 die Grundrente beschlossen. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2021 in Kraft treten.

Durch den Verzicht auf eine Bedürftigkeitsprüfung ist der Kreis der Berechtigten bei der Grundrente nun deutlich ausgeweitet. Auf Verwaltungsebene ist deswegen mit einem Mehrbedarf von 200 Millionen Euro und etwa 1.700 neuen Verwaltungsstellen zu rechnen. Allein in der IT müssen über 1.000 Änderungen vorgenommen werden.

Nach wie vor ist ungeklärt, ob diese Mehrkosten durch den Staatshaushalt oder die Rentenkasse finanziert werden. Die Deutsche Rentenversicherung und die Arbeitgeberseite der Selbstverwaltung haben u. a. auf diese Umstände hingewiesen, Stellung genommen und setzen sich gemeinsam mit den Versicherten für eine Kostenübernahme durch den Staat ein.

Die UVN sind im Vorstand der Rentenversicherung Braunschweig-Hannover und benennen die Arbeitgebervertreter der Vertreterversammlung und der Widerspruchsausschüsse. Daneben sind die UVN in der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund vertreten und entsenden ein Vorstandsmitglied. ■

Heil stellt Mindestlohnkommission in Frage

Viele Branchen befinden sich in einer dramatischen Wirtschaftslage, der Arbeits- und Ausbildungsmarkt ist in Alarmbereitschaft. Dennoch stellte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil im Juli 2020 einen politisch motivierten Mindestlohn in Höhe von 12 Euro pro Stunde in Aussicht und damit die an die Tarifentwicklung gekoppelte Arbeit der Mindestlohnkommission in Frage.

Dieses Vorgehen ist inhaltlich nicht nachvollziehbar und ein Angriff auf die Tarifautonomie. Die Sozialpartner haben gemeinsam mehrere hundert Tarifverträge aus nachvollziehbaren Gründen mit Lohngruppen unter 12 € verhandelt.

Damit ist nach fünf Jahren Mindestlohn das Szenario eingetreten, vor dem wir immer gewarnt haben: Politik nutzt die Höhe des Mindestlohns als wahlkampftaktisches Instrument und setzt einen Überbietungswettbewerb in Gang. Die UVN positionierten sich sofort öffentlich dagegen. ■

Berufliche Bildung

Niedersachsen braucht gezielteres Engagement bei der Berufsorientierung und eine Aufwertung der Berufsschule

Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze ist mittlerweile höher als die der unversorgten Bewerber. In manchen Branchen blieben 2019 mehr als 10 Prozent der Ausbildungsplätze unbesetzt. Ohne Zuwanderung wäre die Situation vor allem im ländlichen Raum noch schwieriger. Die Pandemie lässt bisher nur Prognosen zu. Sicher ist aber, dass bisher problematische Berufe und Regionen weiter leiden.

In Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) verbessern die UVN die wichtigsten Stellschrauben. Berufsorientierung muss frühzeitig aufzeigen, dass es hunderte Ausbildungsberufe, diverse Weiterbildungswege, Karrieremöglichkeiten und Unterstützungen gibt. Online-Jobbörse und Arbeitgeber-Service wurden verbessert, die neue Azubi-Welt-App kreiert und die Zusammenarbeit mit Schulen, auch in der Oberstufe intensiviert.

Der betriebliche Aufwand ist sehr hoch, sowohl finanziell als auch organisatorisch. Um die Berufsausbildung zu verbessern, muss vor allem die Berufsschule aufgewertet werden. Neue Fähigkeiten und Kompetenzen sind gefragt, die Unterrichtsversorgung ist ein Desaster. Den aktuellsten Zahlen aus dem Jahr 2017 nach lag Niedersachsen mit 4.500 Euro pro Berufsschüler weiter konstant unter dem Bundesdurchschnitt von 4.900 Euro. Unsere Landesregierung muss deutlich mehr in berufliche Bildung investieren, sonst setzt sie die Qualität der Dualen Ausbildung aufs Spiel und riskiert, dass Auszubildende in Bundesländer mit besseren Bedingungen abwandern. ■

Aus- und Weiterbildung wird in der Verbandsarbeit groß geschrieben. Neben diversen Beteiligungen und Initiativen wie dem Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft, dem Beirat der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen, der Demografieagentur, der Fachkräfteinitiative oder der IdeenExpo sind die UVN selbst Ausbilder, Referendariatsstation und legen viel Wert auf Fort- und Weiterbildung. 2020 absolvierten Florian Eckel (rechts), Jost van Loo (links) und Lisa Kraayvanger ihr Referendariat bei den UVN. Sarah John schloss ihre Ausbildung ab.

Informatik wird Pflichtfach

Nach jahrelangen Forderungen der niedersächsischen Wirtschaft wird das Fach Informatik endlich zum Pflichtfach. Es soll Schülerinnen und Schüler zeitgemäß auf die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt vorbereiten.

Neben technischer Ausstattung sind Lehrkräfte mit digitaler Kompetenz eine Grundbedingung. Daher ist das Kultusministerium nun gefordert, Studiengänge einzurichten und Lehrkräfte aus- und weiterzubilden. ■

Niedersachsen für Europa

Die Initiatoren des Bündnisses „Niedersachsen packt an“, beide großen christlichen Kirchen, die Sozialpartner UVN und DGB sowie die Niedersächsische Landesregierung, gründeteten Anfang 2019 im Vorfeld der Europawahl die Initiative „Niedersachsen für Europa“. Seither sind rund 200 Verbände, Kommunen, Vereine, Unternehmen, Schulen und Kirchengemeinden beigetreten.

Gemeinsames Ziel des Bündnisses ist die Förderung der europäischen Integration, die Fortentwicklung der Europäischen Union als Friedensprojekt sowie die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit. Schwerpunkt der rund 200 Bündnisveranstaltungen im ersten Jahr war der Aufruf zur Teilnahme an der Europawahl im Mai 2019. Der geplante Europatag im Mai 2020 musste leider ausfallen.
https://nfe.niedersachsen.de

„Niedersachsen packt an“ wurde Ende 2015 als gemeinsames Bündnis für Integration, Teilhabe und Zivilcourage gegründet. Zu den Mitgliedern gehören kommunale Spitzenverbände, große Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen, Parteien, Unternehmen, Kammern, Verbände und tausende Einzelpersonen.
https://buendnis.niedersachsen.de
■

Was macht Wohnraum (un)bezahlbar?

‚Auf den Punkt.' am 17. Februar 2020 mit Minister Lies

Seit Jahren steigt die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum. Ein wesentlicher Grund für die zu geringe Bautätigkeit sind enorm gestiegene Kosten. Sie sind u. a. zurückzuführen auf strikte Vorgaben an den Wohnungsbau: höhere energetische Standards, Brandschutznormen, Auflagen der Kommunen etc. Ihre Umsetzung stellt für Unternehmen eine Belastung dar, drückt die Neubauzahlen und geht am Ende zu Lasten der Mieter.

Mit unseren Gästen sprachen wir darüber, wie Gesetze private Initiativen und Aktivitäten nicht hemmen, sondern unterstützen können.

Mit dabei waren Olaf Lies (Niedersächsischer Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz), Dr. Susanne Schmitt (Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen Bremen vdw), Jörn P. Makko (Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen), Rainer Detjen (Spar- und Bauverein eG Hannover) und Prof. Dr. Tanja Kessel (Lehrstuhl Infrastruktur und Immobilienmanagement, TU Braunschweig). ■

Gesundheitspolitische Höhen und Tiefen

Im Herbst 2018 stimmte das Bundeskabinett dem MDK-Reformgesetz von Bundesgesundheitsminister Spahn zu, das die Medizinischen Dienste vom Kassensystem trennt. Wir setzten uns 2019 erfolgreich dafür ein, die vorgesehene Abschaffung der Selbstverwaltung aus dem Gesetzentwurf zu streichen, um ein staatliches Gesundheitssystem zu verhindern.

Das Abschlussdokument zur konzertierten Aktion Pflege Niedersachsen (KAP.Ni) von Landesregierung, niedersächsischen Wohlfahrtsverbänden, Krankenkassen, Verbänden der privaten Pflegeanbieter und Vertretungen der Pflegekräfte wurde im Oktober 2019 unterzeichnet. Ziel ist die nachhaltige und langfristige Sicherung der Pflege.

Noch im November sicherte die Landesregierung trotz großer Kritik der Betroffenen und Sozialpartner das Fortbestehen der Pflegekammer und die Übernahme der Mitgliedsbeiträge zu. Mit Abschluss der Mitgliederbefragung zur Zukunft der Pflegekammer im September 2020 veranlasste Sozialministerin Reimann auf Grundlage sehr deutlicher Zahlen unverzüglich die Auflösung der Pflegekammer.

Mit 18 Gesetzen in 18 Monaten wurden erhebliche Neuregelungen für die Selbstverwaltung der Krankenkassen geschaffen, die zu Mehrkosten in Milliardenhöhe führen. Neu sind z.B. die Einführung von Geschlechterquoten in Selbstverwaltungsgremien und Beschränkungen von Ämterhäufungen in Medizinischen Diensten. Die Ergänzung des Verwaltungsrates

Christoph Meinecke übernimmt Vorsitz im Verwaltungsrat der AOK Niedersachsen

des GKV-Spitzenverbandes um hauptamtliche Kassenvertreter konnte verhindert werden.

Der Staffelstab im Verwaltungsrat der AOK Niedersachsen wurde am 1. August 2020 von Bernd Wilkening an den stellvertretenden UVN-Hauptgeschäftsführer Christoph Meinecke übergeben. Meinecke teilt sich den alternierenden Vorsitz im paritätisch besetzten Verwaltungsrat mit Ulrich Gransee, ehemals DGB-Landesbezirk Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt. Die AOK ist mit 2,84 Millionen Versicherten die größte Kasse in Niedersachsen.

Die UVN vertreten die Arbeitgeber in den Verwaltungsräten der KKH, TK, der AOK Niedersachsen, des Medizinischen Dienstes Niedersachsen, des Gesetzliche Krankenkassen Spitzenverbandes und des Spitzenverbandes der Medizinischen Dienste und benennen die Verwaltungsräte sowie Mitglieder der Widerspruchsausschüsse der AOK Niedersachsen. ■

Niedersächsischer Sozialpreis

Neu: Niedersächsischer Sozialpreis für engagierte Unternehmen

UVN und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V. (LAG FW) stellten am 24. Februar 2020 den neuen Niedersächsischen Sozialpreis für soziale Verantwortung und gesellschaftliches Engagement in Unternehmen und Organisationen vor. Er wird erstmalig im Jahr 2021 in den drei Kategorien „Sozial am Arbeitsplatz“, „Sozial für das Gemeinwesen“ und „Sonderpreis Demokratie stärken“ verliehen. Schirmherr ist Dr. Bernd Althusmann, Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung.

Alle Informationen dazu finden Sie auf www.sozialpreis-niedersachsen.de ■

gegen-grippe-impfen.de

Unter dem Motto „Niedersachsen macht die Grippe platt.“ rufen die UVN in einem breiten Bündnis zur Impfung gegen Grippe auf. So können Risikogruppen geschützt, Arztpraxen entlastet und Ausfallzeiten minimiert werden. ■

Populismus – Angriff auf unsere Werte?!

UVN, INW und Dachstiftung Diakonie luden am 27. Juni 2019 zu Impulsvorträgen und Podiumsdiskussion

Populismus hat weltweit Einzug gefunden in politische Systeme, gesellschaftliche Organisationen, alltägliche Gewohnheiten und unsere Sprache. Am 27. Juni 2019 sprachen wir im Stephansstift über die Gefahr für demokratisches Handeln und demokratische Werte. Populismus ist mindestens ein Seismograph für vernachlässigte Probleme und Diskussionen. Die Gesellschaft muss mit allen Kräften gegen aufkommende antidemokratische Tendenzen anarbeiten.

Für das offene Gespräch danken wir Hans-Peter Daub (Dachstiftung Diakonie), Elvin Hülser (Antikriegshaus im Friedens- und Nagelkreuzzentrum Sievershausen), Ralf Meister (Landesbischof/Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands), Dr. Mehrdad Payandeh (DGB Niedersachsen), Jasmin Arbabian-Vogel (Verband deutscher Unternehmerinnen), Doris Schröder-Köpf (Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe), Lea Weitekamp (t3n Magazin) und Prof. Dr. Christoph Dahling-Sander (Hanns-Lilje-Stiftung). ■

NDR Intendant Joachim Knuth und seine Stellvertreterin sowie Direktorin des Landesfunkhauses Niedersachsen Andrea Lütke *Foto: NDR/Hendrik Lüders*

Neue NDR-Intendanz setzt Kürzungs- und Modernisierungspaket um

Das öffentlich-rechtliche System befindet sich in einem strukturellen und inhaltlichen Umbruch. Die ARD muss jährlich 1,2 Mrd. Euro einsparen und parallel auf den demografischen und technologischen Wandel reagieren.

Für den neuen NDR-Intendanten Joachim Knuth und seine Stellvertreterin Andrea Lütke, die Direktorin des Landesfunkhauses Niedersachsen, bedeutet dies Kürzungen von 300 Mio. Euro bis 2024.

Der NDR setzt dabei strukturell auf Crossmedialität und inhaltlich auf Information, Regionalität, Einordnung und Investigatives, um den Kern seines Auftrages zu erfüllen. Die Kürzungen erfolgen u. a. in den Bereichen Programm, Produktion und Verwaltung. Im Programmbereich Fernsehen werden in Hamburg ca. 50 Mio. Euro und in den vier Landesfunkhäusern zusammen ca. 9,6 Mio. eingespart.

Die UVN begleiten qua NDR Staatsvertrag den NDR im Verwaltungsrat und Rundfunkrat. ■

Wirtschaft – Politik trennen sich 6:0

Team Wirtschaft siegt beim 21. UVN-Tennisduell

Am 13. Juli 2019 trafen Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft auf Einladung der UVN und des INW wieder zum Duell in Braunschweig aufeinander. Im Vorfeld der ATP-Finalspiele der Sparkassen Open konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ständig wechselnden Doppelkonstellationen zeigen, was auf dem Platz in ihnen steckt. Schirmherr ist Ministerpräsident Stephan Weil.

Für das Team Politik standen 2019 Jörg Rüdiger, ehem. Geschäftsführer der Niedersächsischen Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH, und Marc Knackstedt, Mitglied des Vorstands der Braunschweigischen Landessparkasse, im Finale. Für die Wirtschaft traten Dr. Nils Hellrung, Geschäftsführer der Symeda GmbH, und Christian Lukas, Senior Verkaufsleiter Region Nord der Sixt GmbH & Co. Autovermietung KG, an. Zum 16. Mal siegte das Team Wirtschaft schließlich über das Team Politik mit 6:0. ■

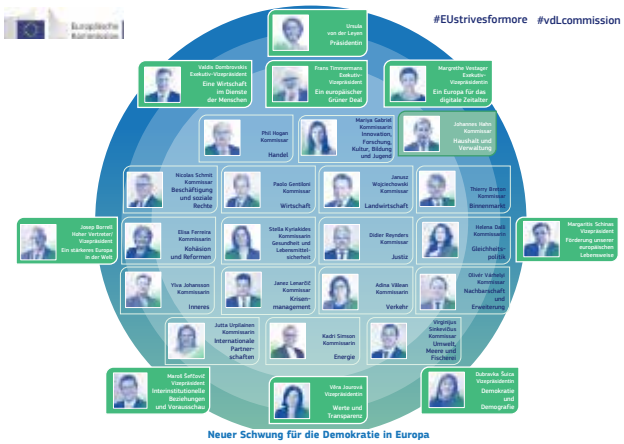
UVN-Wirtschaftsdelegation 2019 in die EU-Hauptstadt Brüssel

Die richtigen Weichen stellen für Niedersachsen

Die politischen Entscheidungen und Vorhaben der Europäischen Union bilden einen ernstzunehmenden Wegweiser für ihre Mitgliedstaaten und deren Regionen. Deshalb ist es auch für die niedersächsische Wirtschaft wichtig und erfolgversprechend, unsere Anliegen direkt bei den Europäischen Abgeordneten, den Fachabteilungen der Generaldirektionen der Europäischen Kommission und den zahlreichen Vertretungen bei der EU vorzutragen. Besonders im persönlichen Gespräch können Beweggründe für Entscheidungen, mögliche Szenarien und Folgen für die niedersächsische Wirtschaft offen diskutiert und Kontakte dauerhaft vertieft werden.

Ein besonderes Highlight war 2019 der Besuch im neuen NATO-Hauptquartier. Mit den Abteilungsleiterinnen und -leitern der Generaldirektionen der EU-Kommission sprachen wir u. a. über die strategische Positionierung der EU, ein europäisches industriepolitisches Konzept, Klimapolitik mit Fokus auf den Emissionshandel, Brexit, Datenschutzgrundverordnung, Kohäsionspolitik, grenzüberschreitende Beschäftigung und die anstehende Europawahl.

Unser Besuch 2020 musste aufgrund der COVID-19 Beschränkungen abgesagt werden. ■



Dr. Ursula von der Leyen wird EU-Kommissionspräsidentin

Corona-Aufbauinstrument ‚Next Generation EU' stärkt Green Deal

Dr. Ursula von der Leyen ist seit dem 1. Dezember 2019 Präsidentin der Europäischen Kommission. Nachdem sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten nicht auf einen Spitzenkandidaten einigen konnten, erfolgte ihre Wahl am 16. Juli 2019 auf Vorschlag des Europäischen Rates durch das Europäische Parlament.

Mit Dr. von der Leyen hat die Europäische Kommission eine äußerst erfahrene, verantwortungsvolle und überzeugte Europäerin an ihre Spitze gewählt. Mit ihrem Kabinett und ihrer Agenda verspricht sie ein wettbewerbsstarkes, sicheres und nachhaltiges Europa, das global als ernstzunehmender Gesprächs- und Handelspartner anerkannt wird. Mit den klimapolitischen Forderungen, den nicht ruhenden Konflikten und leidtragenden Flüchtlingen sowie dem Coronavirus muss sie gleich zu Beginn ihrer Amtszeit ernstzunehmende globale Herausforderungen bewältigen.

Ihr erster großer Wurf, der Green Deal, verspricht ein klimapolitisches Konjunkturprogramm. Um die Wirtschaft aus der Corona-Krise zu führen, werden der Gesamthaushalt von 1,1 Billionen Euro und die Sicherheitsnetze von 540 Milliarden Euro um das Aufbauinstrument ‚Next-Generation EU' in Höhe von 750 Milliarden Euro ergänzt.

Direkt und über unsere Kontakte vor Ort setzen wir uns dafür ein, dass für unsere Industrie und Unternehmen praxistaugliche Maßnahmen erarbeitet werden und keine Wettbewerbsnachteile entstehen. ■

Zu Gast beim chinesischen „Technologie-Innovationsdrachen“

DNW–Wirtschaftsdelegation in die Region Shanghai, Hangzhou und Nanjing

Nach den beeindruckenden Erfahrungen unserer Israel–Wirtschaftsdelegation reisten wir 2019 mit rund 30 Unternehmerinnen und Unternehmern ins Reich der Mitte. Ob Blockchain, 5G, Elektromobilität, Künstliche Intelligenz oder Start–up–Förderung: Was in Deutschland in weiten Teilen noch Zukunftsmusik ist, ist in China schon Realität. Mit Milliarden fördert der Staat die digitalen Schlüsseltechnologien und ist ein Anziehungspunkt für die internationale Technologieszene.

Wie strategisch China tatsächlich vorgeht, erfuhren wir im direkten Austausch mit Akteuren der Start–up–Szene, KMU und großen Unternehmen aus der IT über Robotik bis hin zur Automobilindustrie. Dazu gehörten u. a. Alibaba Group, HIK Vision, Quicktron Robotics, HUAWEI, NIO oder das SAP Innovation Lab.

Im Gegensatz zu politischen Delegationen liegt der Fokus bei den Reisen unserer Dienstleistungsgesellschaft der Norddeutschen Wirtschaft (DNW) auf dem gezielten Austausch mit Unternehmen, Start–ups, Wirtschaftsverbänden und –förderern. ■

Thomas Falk,
Hauptgeschäftsführer
Arbeitgeberverband
Stade Elbe-Weser-Dreieck e. V.

„Es gilt jetzt, sich den Herausforderungen zukünftiger Märkte zu stellen und moderne Technologien und Treibstoffe für die Mobilität der Zukunft, sei es Schifffahrt, Pkw oder öffentlicher Nahverkehr, zu nutzen. Die Standortvorteile des Elbe-Weser-Dreieckes für LNG und Wasserstoffwirtschaft dürfen nicht durch zu zögerliches Handeln der Politik und Denken in Ländergrenzen verspielt werden. Eine Zusammenarbeit der Küstenstaaten ist das Gebot der Stunde.“

ZITIERT

Brexit

Verhandlungen über Freihandelsabkommen drohen zu scheitern

Nachdem 51,9 Prozent der Briten 2016 für den Ausstieg Großbritanniens aus der EU stimmten, fand dieser am 31. Januar 2020 mit einer Übergangsfrist bis Ende 2020 statt. In Niedersachsen sind vor allem die Chemie– und Automobilindustrie, die Landwirtschaft und die Fischerei betroffen.

Unsere Wirtschaft braucht dringend ein vernünftiges Freihandelsabkommen mit fairen Umwelt–, Sozial–, Steuer– und Wettbewerbsregeln. Zollverfahren müssen weitestgehend vereinfacht werden. Auch für Subventionen braucht die Wirtschaft klare und restriktive Regeln. Für Handelsstreitigkeiten ist ein Mechanismus zur Beilegung dringend notwendig.

Die Briten favorisieren zurzeit ein Abkommen wie mit Kanada. Die EU lehnt dies ab, da es EU–Standards unterbieten könnte. ■

Sturmfest im Ostfriesennerz

Das 19. INW-Sommerfest: erst Regen, dann Sonne

Mehr als 1.000 Menschen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung in Niedersachsen trafen sich 2019 zum traditionellen Sommerfest der niedersächsischen Wirtschaft. Seit 2001 lädt das Institut der Norddeutschen Wirtschaft gemeinsam mit den UVN seine mehr als 650 Mitgliedsunternehmen, 94 Verbände und zahlreichen Wegbegleiter zum Dank für die Unterstützung und konstruktive Mitarbeit in verschiedenen Gremien und Ausschüssen ein.

Auch Wind und Regen hielten 2019 niemanden ab, dem Mann im klassischen gelben Ostfriesennerz die Hand zu schütteln – wie so oft kam die Sonne dann doch heraus und ermöglichte interessante Gespräche und Begegnungen am Maschseestrand.

Niemand konnte ahnen, dass solche Feste und Veranstaltungen durch einen neuen Virus unmöglich gemacht werden sollten … ■

Fotos: Marcus Prell

Sommerfest 2020 – alles anders

Aber trotz Abstand eng verbunden

In diesem Jahr wollten wir unser Sommerfest zum 20. Mal gemeinsam mit unseren Mitgliedern feiern und uns bei ihnen für ihr Vertrauen und ihre Mitarbeit bedanken.

Doch unter den aktuellen Umständen ist ein persönlicher Austausch in gewohnter Art nicht möglich. Denn der Virus genießt ausgiebiges Netzwerken noch weitaus mehr als wir.

Für den 27. August 2020 hatten wir deshalb zu einem kurzen virtuellen Treffen geladen. Unsere Gäste hatten zuvor ein Paket erhalten, damit sie mit anstoßen konnten. Dr. Volker Müller sprach live per Video-Übertragung mit Einspielern von Ministerpräsident Stephan Weil, Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann und Kabarettist Matthias Brodowy.

Wir hoffen fest darauf, unsere Jubiläumsveranstaltung im kommenden Jahr feiern zu können – dann hoffentlich wieder ohne Einschränkungen! ■

2019

Januar

11. Arbeitskreis Elektronik in der Luftfahrt
24. Arbeitskreis Space & Defence

Februar

7. UnternehmerKULTUR INW-Jahresauftakt
8. Arbeitsrechtliche Informationsveranstaltung „Die Umsetzung der AÜG-Novelle aus Sicht der Arbeitgeber“
12. Schulung für ehrenamtliche ArbeitsrichterInnen
14. UVN Geschäftsführerkonferenz
19. Seminar Wissensmanagement im Unternehmen, Teil I
28. Zu Fragen der Zeit, Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen

März

4. Seminar Wissensmanagement im Unternehmen, Teil II
13. 4. Hannoveraner Forum Unternehmensrecht
14. Leibniz Forum Arbeitsrecht
27. UVN Präsidiums- und Vorstandssitzung

April

4. VIP-Führung und Niedersachsen-Abend, HANNOVER MESSE
25. Wirtschaftsempfang der UVN und der Leibniz Universität Hannover
30. Arbeitskreis Verband 2030

Mai

2. Empfang anlässlich des niederländischen Königstags
6.-17. 32. Wirtschaftsvolontariat Niedersachsen
20. Richter-Verbände-Gespräch
24. Niedersächsische Wirtschaftsgespräche, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil
29. INW Vorstands- und Kuratoriumssitzung, Mitgliederversammlung

Juni

4.-6. UVN-Wirtschaftsdelegation nach Brüssel
5. Arbeitskreis Umwelt
11. Industrieforum, Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier
17. UVN Präsidiums- und Vorstandssitzung, Mitgliederversammlung
27. „Populismus – Angriff auf unsere Werte?!“

Juli

4./5. Seminar für Prozessvertreter auf Schloss Etelsen
13. Tennisduell Wirtschaft vs. Politik

August

15. INW Sommerfest
27. Forum Naturschutz und Wirtschaft mit Umweltminister Olaf Lies
28. Jahresveranstaltung Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit
28. Unternehmen 4.0 – Klassiker trifft Newcomer

September

12. Ausschuss Arbeits- und Tarifrecht Leibniz Forum Arbeitsrecht
20. 14. Unternehmer-Golfcup
24. UVN Geschäftsführerkonferenz
26. Arbeitskreis Energie

Oktober

24. Herbsttagung *SCHULE*WIRTSCHAFT
28. 8. Niedersächsischer Gesundheitskongress

November

4.-15. 32. Verwaltungsvolontariat Niedersachsen
7. Arbeitskreis Umwelt
Zu Fragen der Zeit: Datenschutz – gewusst wie!
13. UVN Präsidiums- und Vorstandssitzung
9. Tag der niedersächsischen Wirtschaft
13. Arbeitgebertag für Niedersachsen
Arbeitskreis Umwelt
13. Wirtschaftsrundgang AGRITECHNICA
26. Ausschuss Öffentlichkeitsarbeit „Performanceorientierte Videoproduktion“

Dezember

2. Dialogkreis Pflege
4. Verleihung Start-up-Preis Niedersachsen „DurchSTARTer“
6. Arbeitsrechtliche Informationsveranstaltung „Elektronischer Rechtsverkehr“

2020

Januar

17. Informationsveranstaltung mit der niedersächsischen Arbeitsgerichtsbarkeit

Februar

5. 4. Unternehmergespräch Hamburg-Niedersachsen „Wasserstoffwirtschaft – Chance für Norddeutschland?“
13. Koordinierungskreis *SCHULE*WIRTSCHAFT
17. Auf den Punkt: Was macht Wohnraum (un)bezahlbar?
20. UVN Geschäftsführerkonferenz
20. Leibniz Forum Arbeitsrecht

März

12. UVN-Sondersitzung: Coronavirus
18. UVN Präsidiums- und Vorstandssitzung
31. Arbeitskreis Energie

April

29. UVN-Sondersitzung Präsidium und Vorstand
30. UVN Lunch-Talk mit Burkhard Balz, Vorstandsmitglied Deutsche Bundesbank

Mai

8. UVN Lunch-Talk mit MdL Dr. Carola Reimann, Niedersäsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
12. UVN Lunch-Talk mit MdEP David McAllister, Vorsitzender Auswärtiger Ausschuss EP
14. Workshop Arbeitsschutz in Zeiten von Corona
20. UVN Lunch-Talk mit MdB Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales

Juni

8. Auf den Punkt: Wirtschaft? -Sicher! – analog und digital
11. UVN Lunch-Talk mit Reinhold Hilbers, Niedersächsischer Finanzminister
24. UVN Präsidiums- und Vorstandssitzung
25. Survival Crash-Kurs für Unternehmen in der Corona-Krise
29. UVN Lunch-Talk mit Tamara Anthony, ARD-Korrespondentin Peking

Juli

7. UVN Lunch-Talk mit MdB Dr. Hendrik Hoppenstedt, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin
15. UVN Lunch-Talk mit Anja Piel, Mitglied DGB Bundesvorstand, und Dr. Mehrdad Payandeh, Vorsitzender DGB Niedersachsen
20. UVN Lunch-Talk mit MdL Björn Thümler, Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur

August

27. Virtuelles Sommerfest – Trotz Abstand eng verbunden
28. Jahresveranstaltung Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit

September

11. UVN-Gesundheitsforum mit Jens Spahn in der HDI Arena
18. Schulung für ehrenamtliche ArbeitsrichterInnen in Niedersachsen
23. 23. Ausschuss Öffentlichkeitsarbeit „Gemeinde 5.0“
29. UVN Geschäftsführerkonferenz
2. Halbj. Ausschuss für Bildungspolitik und Bildungsarbeit
2. Halbj. Herbsttagung *SCHULE*WIRTSCHAFT

Oktober

01. UVN Präsidiums- und Vorstandssitzung
UVN Mitgliederversammlung inkl. Wahlen
08. Arbeitskreis Energie
26. 10. Tag der niedersächsischen Wirtschaft – Arbeitgebertag für Niedersachsen

November

6. UVN Informationsveranstaltung „Basel IV“
16.-27. 33. Verwaltungsvolontariat Niedersachsen
2. Halbj. Ausschuss Arbeits- und Tarifrecht

Dezember

1. Verleihung Start-up-Preis Niedersachsen „DurchSTARTer“
10. Arbeitskreis Umwelt

IMPRESSIONEN SOMMERFEST 2019

CLARIOS
KPMG

Bezirkliche/Örtliche

Industrie

Handwerk

Garten/Land/Forst

Handel

Andere Wirtschaftsbetriebe

AGV – Die Versicherer als Arbeitgeber

AGVL – Arbeitgeberverband Luftverkehr

arbeit geber verband pflege

ASW Norddeutschland

Automaten Verband Niedersachsen

bankenverband Niedersachsen

BAP – Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister

BDE – Kreislauf Wirtschaft. Zukunft.

BdS – Die Systemgastronomie

BDSW – Bundesverband der Sicherheitswirtschaft

BDVI

BNW – Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft gemeinnützige GmbH

bpa Arbeitgeberverband

bpa – Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.

CDH

DEHOGA Niedersachsen

Die Familien Unternehmer

Der Paritätische Niedersachsen

DDN – Diakonischer Dienstgeberverband Niedersachsen

DTV – Deutscher Textilreinigungs-Verband

Fachverband Nord – Fachverband Nord für Orthopädie-Technik und Sanitätsfachhandel e.V.

fbn – Verbond der Freien Berufe im Lande Niedersachsen e.V.

Genossenschaftsverband – Verband der Regionen

GVN – Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen e.V.

Heilbäderverband Niedersachsen

Institut der Norddeutschen Wirtschaft e.V.

KAV Niedersachsen

Kraftfahrzeug Gewerbe

Niedersachsen Digital

Steuerberaterverband Niedersachsen Sachsen-Anhalt e.V.

Physiotherapieverband VDB

VDBUM – Verband der Baubranche, Umwelt- und Maschinentechnik e.V.

VdU – Verband deutscher Unternehmerinnen

vdu

Die Wohnungswirtschaft Niedersachsen Bremen – vdw

VNZV – Verband Nordwestdeutscher Zeitungsverlage e.V.

VEA – Kompetent. Fair. Unabhängig.

VPLT.

VRE

94

Hauptgeschäftsführung

Dr. Volker Müller
Hauptgeschäftsführer
Tel. 0511 8505-252
Volker.Mueller@uvn-online.de

Christoph Meinecke
Stellv. Hauptgeschäftsführer
Tel. 0511 8505-250
Christoph.Meinecke@uvn-online.de

Benedikt Hüppe
Stellv. Hauptgeschäftsführer
Tel. 0511 8505-242
Benedikt.Hueppe@uvn-online.de

Julia Nowka-Dehne
Assistenz
Tel. 0511 8505-254
Julia.Nowka@uvn-online.de

Diana Spionek
Assistenz
Tel. 0511 8505-282
Diana.Spionek@uvn-online.de

Linda Hülmann
Assistenz
Tel. 0511 8505-311
Linda.Huelmann@uvn-online.de

Lisa Budde
Nachhaltigkeit und Datenschutz
Tel. 0511 8505-241
Lisa.Budde@uvn-online.de

Abteilungen

Agneta Wiedbrauk
Leitung Umwelt- und Wirtschaftspolitik
Tel. 0511 8505-244
Agneta.Wiedbrauk@uvn-online.de

Tabea Udema
Arbeitsmarkt, Bildung und
Gesellschaftspolitik
Tel. 0511 8505-280
Tabea.Udema@uvn-online.de

Sonja Barsch
Leitung Buchhaltung/Rechnungswesen
Tel. 0511 8505-251
Sonja.Barsch@uvn-online.de

Tilman Kuban
Leitung Recht, Steuern
und Gesundheitswirtschaft
Tel. 0511 8505-363
Tilman.Kuban@uvn-online.de

Kerstin Gördes
Wirtschaftsförderung
Tel. 0511 8505-346
Kerstin.Goerdes@uvn-online.de

Susanne Otte
Buchhaltung
Tel. 0511 8505-255
Susanne.Otte@uvn-online.de

Sabine Kollmeyer
Assistenz
Tel. 0511 8505-340
Sabine.Kollmeyer@uvn-online.de

Gabriele Freihorst
Assistenz
Tel. 0511 8505-256
Gabriele.Freihorst@uvn-online.de

Andrea Sonneck
Assistenz
Tel. 0511 8505-282
Andrea.Sonneck@uvn-online.de

Büros in Berlin und Brüssel

Susanne Johannes
Tel. 030 206795810
Berlin@uvn-online.de

Unsere Ansprechpartnerin erreichen Sie über:
Bruessel@uvn-online.de

DNW
Dienstleistungsgesellschaft der Norddeutschen Wirtschaft mbH

Steffen Harms
Geschäftsführer
Tel. 0511 8505-555
Steffen.Harms@dnw-online.de

Melina Zimmermann
Assistenz
Tel. 0511 8505-551
Melina.Zimmermann@dnw-online.de

Etienne Tschorn
Vertrieb/Kundenbetreuung
Tel. 0511 8505-512
Etienne.Tschorn@dnw-online.de

Kerstin König
Vertrieb/Kundenbetreuung
Tel. 0511 8505-511
Kerstin.Koenig@dnw-online.de

Gavino Wismach
Bereichsleiter Consulting
Tel. 0511 8505-521
Gavino.Wismach@dnw-online.de

Erik von Hoerschelmann
Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 0511 8505-247
Erik.vonHoerschelmann@uvn-online.de

Bernadeta Lilje
Leitung Veranstaltungen/Gremien
Tel. 0511 8505-285
Bernadeta.Lilje@uvn-online.de

Wiebke Krohn
Arbeitgeberberatung für Personalentwicklung und Soziale Innovation
Tel. 04131 87212-17
wkrohn@av-lueneburg.de

Catharina Herrmann-Daues
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 0170 5831468
Catharina.Herrmann@uvn-online.de

Laura Söhlke
Veranstaltungen/Gremien
Tel. 0511 8505-259
Laura.Soehlke@uvn-online.de

Florian Rehr
Geschäftsführer
ITS automotive nord GmbH
Tel. 0511 8505-248
florian.rehr@its-an.de

Ute Heine-Rischau
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 0511 8505-253
Ute.Heine@uvn-online.de

Annika de Barse
Veranstaltungen/Gremien
Tel. 0511 8505-260
Annika.deBarse@uvn-online.de

UVN

Unternehmerverbände
Niedersachsen e.V.

Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. (UVN)
Schiffgraben 36 · 30175 Hannover
Telefon 0511 8505-243 · Telefax 0511 8505-268 · E-Mail: uvn@uvn-online.de
www.uvn-online.de